

VORAN

Inhalt

Wahlen in Europa
Seiten 6 und 7

Kurdistan Seite 8

Für kämpferische
und demokratische
Gewerkschaften
Seite 11

Zeitung der Marxisten in SPD, Jusos und Gewerkschaften

Nr. 141 - Mai 1992

1,- DM - Solidaritätspreis: 2,- DM

Brecht das Lohnndiktat!

Die Bundesregierung und die öffentlichen Arbeitgeber wollen die ÖTV in die Knie zwingen und eine Wende zu von oben aufgedrückten Reallohnsenkungen durchkämpfen. Die Unternehmer im Metall-Bereich haben mit ihrem „Angebot“ von 3,3 Prozent eine weitere Provokation an die Adresse der Gewerkschaften nachgeschoben. Bei den Urabstimmungen haben die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst gezeigt, daß sie entschlossen sind, zurückzuschlagen. Die Gewerkschaften müssen ihre Kampfkraft jetzt voll einsetzen, um die Tarifwende zu verhindern.

Die Kosten der Einführung der Marktwirtschaft in Ostdeutschland sollen auf die Arbeitnehmer abgewälzt werden. Die Unternehmer, die sich im Gegensatz zu den Arbeitnehmern in Ost und West an der Vereinnahmung Ostdeutschlands goldene Nasen verdient haben, wollen ihre Profite auf Kosten der Beschäftigten sanieren und machen verstärkten Druck, weil ihr System auf eine Wirtschaftskrise zusteuert.

Wir mußten draufzahlen beim „Solidaritätszuschlag“, höheren Steuern auf Mineralöl, Versicherungen, Zigaretten und Telefongebührenerhöhungen, außerdem mit höheren Beiträgen zur Arbeitslosen- und Krankenversicherung. Ab 1993 kommt noch die Mehrwertsteuererhöhung. Bereits 1991 sind die Realeinkommen für Arbeitnehmer im Durchschnitt gesunken.

In nächster Zeit stehen weitere Angriffe bevor. Die Pläne für höhere Beiträge für die Rentenkassen und höhere „Selbstbeteiligung“ bei Krankheit liegen schon in den Schubladen. Kohls Vorschlag für die Verlängerung der Lebensarbeitszeit auf 70 Jahre und die Diskussion über die Aussetzung der

Lohnfortzahlung im Krankheitsfall für die ersten drei Tage (Karenztage) zeigen, wo die Reise hingehen soll: Länger arbeiten für weniger Geld bei sinkender Lebensqualität.

Finanzminister Waigel forderte Nullrunden für die nächsten zehn Jahre, um die „Kosten der Einheit“ zu finanzieren. Und Björn Engholm bot der Regierung am Tag nach den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein die Zusammenarbeit bei einer Politik an, „die auch Schweiß und Tränen enthalten muß.“ Er scheint zu vergessen, daß er Vorsitzender der SPD ist, einer Partei, von der die Arbeitnehmer eine andere Politik erwarten als von CDU und FDP.

Die „Volksvertreter“ in Bonn sprechen ganz offen davon, daß sie bis 1994 von lästigen Störungen durch den Wähler verschont bleiben und bis dahin dem Volk mit „unpopulären Maßnahmen“ auf der Nase herumtanzen können.

Die Forderung nach 9,5 Prozent mehr Lohn und 550 Mark Urlaubsgeld für die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst ist voll berechtigt. Der Schlichterspruch von 5,4 Prozent bedeutet bei



einer erwarteten Inflationsrate von 5 Prozent in diesem Jahr und den andere zusätzlichen Belastungen bereits Reallohnverlust. Außerdem geht es eben nicht nur um den Inflationsausgleich, sondern auch darum, den großen Nachholbedarf im Öffentlichen Dienst gegenüber der Privatwirtschaft aufzuholen - 1990 betrug der Rückstand 18,5 Prozent.

In einem Fernsehinterview (ARD, 23.4) forderte Bundeskanzler Kohl doch tatsächlich die Gewerkschaftsmitglieder zu einer Rechtfertigung ihres Handelns auf, die in den Urabstim-

mungen für Streik stimmten. Dabei waren es die öffentlichen Arbeitgeber, die den Kampf provozierten, indem sie die Schlichtung ablehnten!

Kämpfe verbinden

Jetzt geht es darum, den Kampf für die ursprüngliche Forderung von 9,5 Prozent zu führen und mehr herauszuholen als den Schlichtervorschlag von 5,4 Prozent. Es zeigt sich, daß es ein Fehler von Seiten der ÖTV war, dem Schlichterspruch zuzustimmen. Ein so weitgehendes Eingehen auf die Forderung Waigels nach Lohnverzicht wird als Zeichen von Schwäche gesehen und schafft somit eine schlechtere Ausgangsposition.

Mit voller Mobilisierung und Entschlossenheit kann dieser Fehler wettgemacht und der Kampf gegen die Lohnräuber gewonnen werden.

Der Kampf der ÖTV ist auch ein politischer Kampf gegen die Angriffe, die außerhalb der Tarifrunden auf die Arbeitnehmer zukommen werden. Auch

darum müssen die jetzt parallel laufenden Kämpfe in verschiedenen Bereichen zusammengefaßt werden, vor allem im Metallbereich und im Öffentlichen Dienst.

Die Versuche, die Arbeitnehmer in Ost und West gegeneinander auszuspielen, werden zunehmen. Darum müssen die Tarifkämpfe in Ost und West miteinander verbunden werden. Die Gewerkschaften müssen aufbauend auf die jetzt für Ostdeutschland erhobenen Forderungen den Kampf für gleichen Lohn für gleiche Arbeit in Ost und West führen, nicht nur für den Ausgleich der Inflationsrate, die dort bei 15% liegt.

Ausgehend vom ersten Mai sollten Streiks und Demonstrationen zu gemeinsamen Aktionstagen zusammengefaßt werden, bis hin zu der Möglichkeit eines gemeinsamen „Marsches auf Bonn“.

Auf die SPD-Führung muß von den Gewerkschaften Druck ausgeübt werden, damit sie sich voll hinter die Forderungen der Gewerkschaften stellt.

- ★ Lohnforderungen voll durchsetzen
- ★ SPD muß den Kurs wechseln und die Gewerkschaften unterstützen
- ★ Gleicher Lohn in Ost und West
- ★ Arbeit für alle

Rekordstand: Unternehmer haben 670 Milliarden auf der hohen Kante.
Geld ist da, es ist nur in den falschen Händen!
Siehe Seite 2

Unser Standpunkt:

SPD und Gewerkschaften

Sozialdemokrat, gleichzeitig Gewerkschaftsmitglied, und dabei gute Dinge zu sein, erfordert in Zeiten wie diesen entweder ein gehöriges Maß Unverfrorenheit oder politischer Schizophrenie. Als Verkörperung von beidem tritt in Tarifverhandlungen des öffentlichen Dienstes regelmäßig Heide Simonis, SPD-Finanzministerin und Verhandlungsführerin der Länder, vor die Kameras und Mikrofone. Was sie dort von sich gibt, ist von CDU-Politikern nicht zu unterscheiden und verursacht ein flaches Gefühl im Magen.

Nicht nur die Haltung von Heide Simonis, sondern auch die anderer SPD-Spitzenpolitiker zeigt, wie weit sich beachtliche Teile der Partei von den Sorgen und Bedürfnissen normaler Arbeitnehmer entfernt haben.

Schon vor Jahren brachte Oskar Lafontaine die Gewerkschaften mit seiner Forderung nach flexibleren Arbeitszeiten und längeren Maschinenlaufzeiten in Rage. Und Hans-Ulrich Klose fiel den Gewerkschaften ausgerechnet zu Beginn der diesjährigen Tarifrunde erneut mit dieser aufgewärmten Unternehmer-Idee in den Rücken, nicht ohne die SPD als Vorreiter für solchen Wandel zu empfehlen: „... weil bei Christdemokraten sofort vermutet würde, die Sache für die Wirtschaft dienlicher zu machen. Ich glaube, in diesem Bereich wären wir fähiger, und die deutsche Wirtschaft sollte darüber einmal nachdenken.“

Diese Aussage wurde in der Zeitung der IG Metall zurecht als „Gipfel der Anbiederung“ gewertet. „Die Sozialdemokratie sozusagen als fünfte Kolonne der Unternehmer in den Reihen der Arbeitnehmerschaft?“ fragte der Kommentator der IG Metall.

Toscana-Fraktion

Die Generation der SPD-„Väter“ und „Großväter“ ist in der Arbeiterbewegung stärker verwurzelt gewesen. Doch auch sie ließen es sich meist gut gehen, sobald sie die Karriereleiter erklommen hatten, legten ihre Grundsätze beiseite, sobald sie in der Regierung waren und sich den kapitalistischen Sachzwängen beugten. Zusammenstöße mit den gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmern gab es sowohl unter der Regierung Brandt (z.B. beim letzten großen ÖTV-Streik 1974) als auch der Regierung Schmidt Anfang der 80er Jahre. Die Sensibilität der damaligen Parteiführung für Unzufriedenheit mag größer gewesen sein, vor allem aber der wirtschaftliche Spielraum für Reformen im Rahmen des Kapitalismus.

Das hat sich inzwischen geändert. Wohl auch daher verstärkt sich der Eindruck, daß die heute führende „Toscana-Fraktion“ noch abgehobener von den Alltagsproblemen ist. Viele der „Enkel“ kommen aus der ehemaligen Parteilinken, die schon in den 70er Jahren eher einen akademischen Hintergrund und wenig Verbindung zu „normalen“ Arbeitnehmern hatte. Mittlerweile sind sie in Amt und Würden und sinnieren nun aus sozial abgesicherter Position über die „überholten und veralteten“ Traditionen der Arbeiterbewegung und das Image einer „modernen“ SPD.

Sicher ist die Arbeitnehmerschaft nicht mehr dieselbe wie vor 30 oder 60 Jahren. Die soziale Differenzierung hat zugenommen, der Anteil der Angestellten, der akademisch gebildet und besser bezahlten Lohnabhängigen ist gestiegen. Doch heißt das etwa, daß es keine gemeinsamen Interessen mehr gäbe: an ausreichenden und qualifizierten Arbeitsplätzen, an gutem und bezahlbarem Wohnraum, an sauberer Umwelt, an mehr Lebensqualität und Perspektiven für die Zukunft? Was dem entgegensteht, sind die Nutznießer einer Wirtschaftsordnung, die nach dem Profitprinzip funktioniert und den Interessen einer kleinen Minderheit dient. Die Interessen der überwältigenden Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung zu vertreten, das ist die Aufgabe der SPD.

Dies geht aber nur, wenn sie sich mit den Herrschenden in der Gesellschaft anlegt, statt sich immer mehr anzubiedern. Wenn sie eine Kampfstrategie entwickelt, um die schönen Absichtserklärungen in den Parteiprogrammen auch wirklich umzusetzen. Der erste Schritt dazu muß ein enger Schulterschluss mit den Gewerkschaften sein, gerade in der jetzigen Tarifrunde.

Kohl stürzen statt stützen

Die Kohlregierung und ihre Statthalter in den Bundesländern haben im Grunde längst abgewirtschaftet. Wenn sie sich immer noch halten können, dann vor allem wegen der Politik der SPD, die keine brauchbaren Alternativen bietet und die Bürgerlichen in zentralen Fragen mehr stützt als bekämpft.

Es ist kaum zu erwarten, daß eine Änderung der SPD-Politik von selbst oder kraft plötzlicher Erleuchtungen der führenden Funktionärschicht kommt. Ein Anstoß zur Wende kann nur von der Basis her kommen. Deshalb ist es nötiger denn je, daß sich kritische Gewerkschafter, Sozialisten und unzufriedene Wähler nicht in den Schmollwinkel zurückziehen, sondern mithelfen, die SPD „instandzusetzen“.

VORAN

ZUR
sozialistischen
Demokratie

Überregionale marxistische Monatszeitung
für Jusos, SPD, Falken und Gewerkschaften. Erscheint seit 1973.
Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V.
Verantwortliche Redakteurin: Angela Bankert.
Redaktionsanschrift:
VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1, Tel. 02 21/13 45 04, Fax 02 21/13 72 80.
Druck:
Blitz-Druck GmbH, Im Hesselbruch 16, 4300 Essen 11.
Bankverbindung:
Postgiroamt Essen, BLZ 360 100 43, Konto-Nr. 2500 59-430.

Geld ist genug da, es ist nur in den falschen Händen!

Angeblich drohen Rezession und Staatsbankrott, wenn die Gewerkschaften ihre Forderungen durchsetzen. Politiker und Wirtschaftsleute rufen zum „Gürtelenger-schnallen“ und zum „Solidaritätsoffer“ für die ostdeutsche Bevölkerung auf.

Dabei ist für die Krise in Ostdeutschland allein die Einführung der „sozialen“ Marktwirtschaft verantwortlich. Seit 1989 wurde die Industrieproduktion auf 40% des damaligen Standes heruntergebracht. Mehr als drei Millionen Ostdeutsche sind arbeitslos, auf Kurzarbeit Null oder in aussichtslosen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen.

Um die sozialen Folgen abzumildern, wurden allein 1991 170 Milliarden Mark an staatlichen Hilfen geleistet. Wir zahlen dafür durch höhere Steuern und Abgaben. Lachende Dritte sind die westdeutschen Konzerne und Banken, in deren Taschen sich unsere „Solidaritätsoffer“ wiederfinden. Die Banken hatten im letzten Jahr Rekordgewinne zu verzeichnen und die Selbständigen und Vermögensbesitzer konnten 150 Milliarden Mark an Extragewinnen einsacken. Insgesamt wurden Waren im Wert von 207 Milliarden Mark nach Ostdeutschland verkauft.

Investiert wurden dagegen 1991 nur 25 Milliarden Mark. Dieses Jahr werden es 45 Milliarden Mark sein. Aber die Hälfte davon zahlt jeweils der Steuerzahler an die Investoren. Das Institut der deutschen Wirtschaft hat ungefähr 700 verschiedene Fördertöpfe für Unternehmer gezählt.

Die Unternehmen unternehmen also kaum noch etwas, um die Gesellschaft weiterzubringen. In den 80er Jahren gab es massive Gewinnsteigerungen (siehe Grafik). Ende 1991 hatten deutsche Unternehmer nach Angaben der Bundesbank 670 Milliarden flüssige Mittel aufgehäuft – ein Rekordstand.

670 Milliarden Mark würden ausreichen, um Millionen Arbeitsplätze zu schaffen. Und die heute zum Nichtstun verdamnten Arbeitslosen könnten neuen Reichtum für die Gesellschaft schaffen. Das einzige Hindernis ist, daß im Kapitalismus die Interessen von Millionären entscheiden, nicht die Bedürfnisse und sozialen Nöte von Millionen.

Das Geld für die Lohnforderungen der Gewerkschaften ist also vorhanden. Auch im öffentlichen Dienst, trotz leerer Staatskassen, denn es ist eine politische Frage, ob der Staat sich das

ÖTV-Forderungen

Kein Herz für Kleinverdiener?

Die „Struktur der gewerkschaftlichen Forderungen“ sei nicht angemessen, heißt es von führenden Politikern zum Tarifkonflikt im öffentlichen Dienst. Vor allem sozialdemokratische Ministerpräsidenten und Oberbürgermeister vermissen eine „soziale Komponente“ zugunsten der Kleinverdiener.

Heide Simonis, SPD-Finanzministerin von Schleswig-Holstein und Verhandlungsführerin der Länder, rechnete vor, daß 9,5% für einen Pförtner mit Familie 275 Mark mehr, für eine Ministerin dagegen 1568 Mark mehr bedeuten.

Nun ist gegen eine Nullrunde für Frau Simonis und ihre Ministerkollegen sicher nichts einzuwenden. Und niemand hindert die öffentlichen Arbeitgeber daran, ein Angebot mit einem kräftigen Zuwachs für die unteren Einkommensgruppen vorzulegen. Doch darum geht es offenbar gar nicht. Denn am Gesamtvolumen des mageren Angebots soll in etwa festgehalten werden. Die Masse der Beschäftigten liegt aber in den unteren und mittleren Einkommens-Kategorien. So zahlreich sind die 10.000-Mark-Verdiener nicht gesät, als daß es bei einem derart niedrigen Angebots-Volumen viel umzu-

teilen gäbe. Solche Vorstöße von Arbeitgeber-Seite mitten im Tarifkonflikt sind eher dazu geeignet, Schlechter-gegen-Besserverdienende auszuspielen.

Ein Sockel- oder Festbetrag, der für die unteren Einkommensgruppen günstiger wäre, ist eine Forderung, die quer durch alle Gewerkschaften immer wieder diskutiert und in der Vergangenheit oft gerade von linken Gewerkschaftern eingebracht wurde. Besonders in den 80er Jahren hat sich die soziale Differenzierung innerhalb der Arbeitnehmerschaft verstärkt. Eine Sockel- oder Festbetragsforderung ist daher aktueller denn je, um die Kleinverdiener vom Rande des Existenzminimums wegzubringen. Dies wäre auch ein wirksamer Beitrag zum Abbau von

Überstunden, die oft aus nackter finanzieller Notwendigkeit von den Kollegen geleistet werden, und damit zur Schaffung von neuen Arbeitsplätzen.

Bei gutbezahlten sozialdemokratischen Amtsträgern, die ihr gewerkschaftliches Gewissen an der Garderobe zu Tarifverhandlungen abgeben, ist das Mitgefühl mit den unteren Einkommensgruppen allerdings wenig glaubwürdig. Erinnert sei z.B. auch daran, daß die saarländische SPD-Landesregierung im Frühjahr 1991 einen Manteltarifvertrag mit strukturellen Verbesserungen von mageren 60 Mark monatlich für Arbeiter erst nach Streiks akzeptierte.

Angela Bankert, Köln
SPD-Mitglied

Lohn-Preis-Spirale

Machen sich die Unternehmer wirklich Sorgen darum, daß wir mehr Geld für unseren Lebensunterhalt ausgeben müssen? Nein. Lohnerhöhungen schmälern ihre Profite, da sie wegen der internationalen Konkurrenz nicht einfach die Preise hochsetzen können – das steckt hinter der heuchlerischen Warnung vor dem Preisauflauf.

Inflation entsteht, wenn die Geldmenge und das Kreditvolumen stärker zunehmen als die Produktion von realen Werten. So führt die massive Staatsverschuldung in Deutschland zu Inflation, weil durch die Hilfen für den Osten die Verbrauchernachfrage gesteigert wird, ohne die Produktion entsprechend auszuweiten.

Wenn die Preise allgemein steigen, so geht das zuerst einmal zu Lasten der Arbeitnehmer, die ja ihr Geld zumeist völlig für Verbrauchsgüter ausgeben müssen.

Unternehmer leiden auch unter allgemeinen Preissteigerungen, wenn die Kosten für Rohstoffe, Maschinen etc. steigen. Aber einen großen Teil ihres Geldes geben sie für Löhne und Gehälter aus. Wenn also bei allgemein stei-

geren Preisen der Preis der Arbeitskraft gleich bleibt, bedeutet dies eine Umverteilung zu Gunsten der Unternehmer.

Die Aufforderung, sich in Zeiten hoher Inflationsraten mit geringen Lohnsteigerungen abzufinden, ist also nichts weiter als eine Aufforderung, die Unternehmer in Ruhe von der Inflation profitieren zu lassen.

Ulf Petersen, Köln
Jungsozialist

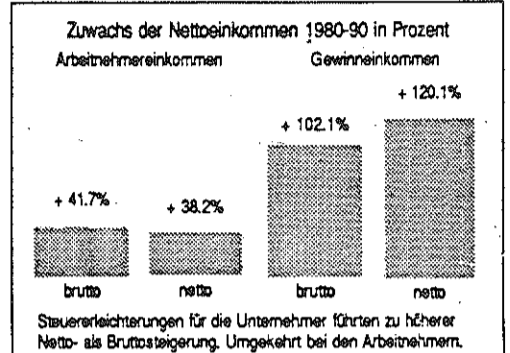
Streikrecht für Beamte durchsetzen!

Beamte haben weder Streikrecht noch Tarifverträge, ihre Gehälter werden staatlich festgelegt. Das Berufsbeamtentum hat die Aufgabe, zuverlässige Diener des Staates heranzuziehen, die nach Belieben als Streikbrecher eingesetzt werden können. Die Lösung heißt: ein einheitliches Dienstrecht, das sichere Arbeitsplätze und Streikrecht für alle garantiert.

Einzelne kann man disziplinieren, aber nicht Hunderttausende oder gar Millionen. Deshalb muß das Streikrecht für Beamte notfalls durch kollektive Arbeitsniederlegung erzwungen werden. Wenn sich die Arbeiterbewegung immer an bestehende Gesetze gehalten hätte, gäbe es heute weder das Streikrecht, noch sonstige gewerkschaftliche Rechte.

Einzelne kann man disziplinieren, aber nicht Hunderttausende oder gar Millionen. Deshalb muß das Streikrecht für Beamte notfalls durch kollektive Arbeitsniederlegung erzwungen werden. Wenn sich die Arbeiterbewegung immer an bestehende Gesetze gehalten hätte, gäbe es heute weder das Streikrecht, noch sonstige gewerkschaftliche Rechte.

Angela Bankert, Köln
SPD-Mitglied



gungen Preisen der Preis der Arbeitskraft gleich bleibt, bedeutet dies eine Umverteilung zu Gunsten der Unternehmer.

Die Aufforderung, sich in Zeiten hoher Inflationsraten mit geringen Lohnsteigerungen abzufinden, ist also nichts weiter als eine Aufforderung, die Unternehmer in Ruhe von der Inflation profitieren zu lassen.

Sozialistische Lösung

Wenn auf die „Sachzwänge“ leerer Kassen bzw. verstärkter internationaler Konkurrenz hingewiesen wird, darf das für die Gewerkschaften kein Grund zum Zurückweichen sein. Wenn sich die Marktwirtschaft keinen vernünftigen Lebensstandard für uns leisten kann, können wir uns eben die Marktwirtschaft nicht mehr leisten! Schon heute ist ein harter Kampf nötig, um die relativ bescheidenen Forderungen der Gewerkschaften durchzusetzen. In den nächsten Jahren wird sich die wirtschaftliche Lage verschlechtern und die Angriffe auf die Arbeitnehmer werden sich verschärfen. Darum muß der Kampf um die Verteidigung unserer Rechte und unseres Lebensstandards mit einem Programm für die Abschaffung des Kapitalismus verbunden werden.

Ulf Petersen, Köln
Jungsozialist

Angela Bankert, Köln
SPD-Mitglied

Teilen verbindet? Gemeinsam kämpfen verbindet!

„Teilen verbindet“ – dies ist der Slogan des DGB für die Mai-kundgebungen. Hört sich hübsch an, solidarisch, großzügig, wie „geteiltes Leid ist halbes Leid“. Doch wer teilt mit wem?

Wenn das ein Appell an die Unternehmer sein soll, die Rekordprofite mit den lieben Mitarbeitern zu teilen, so ist das gewiß ein ehrenwerter Wunsch, wenn auch etwas naiv. Nein, kindliches Wunschenken beherrscht nicht die Köpfe der DGB-Führung.

Es hat auch keinen Sinn, lange herumzudeuteln, dieses Motto ist nur allzu eindeutig und aus Kanzlerreden bekannt. Mit sehr viel gutem Willen könnte man eine gewisse Bitterkeit hineininterpretieren, etwa „das gemeinsame Schicksal der Lohnabhängigen in Ost und West schweift diese zusammen“. Aber soviel guten Willen haben nur wenige. Wäre auch etwas zuviel verlangt von den Kolleginnen, wenn die DGB-Führung nicht einmal genug guten Willen aufbringt, sich einen mobilisierenden Slogan für die Mai-kundgebungen auszudenken. Niemand wird erwarten, daß ich und andere Mitarbeiter dieser marxistischen Zeitung mit den Gewerkschaftsführern immer einer Meinung sind. Macht ja auch nichts. Aber was ich überhaupt nicht leiden kann, ist wenn die DGB-Führung die Kolleginnen schlicht vergaekelt.

Teilen hat mehr mit herrschen zu tun als mit verbinden. Das wußten schon die römischen Cäsaren und fasten das in der berühmten gewordenen Gebrauchsanleitung für Ausbeutung und Unterdrückung zusammen: „divide et impera“ (teile und herrsche). Die Aktualität dieser Losung beweist gerade die Bundesregierung mit ihrem „Unternehmen Asyl-debatte“ aufs brutalste.

Noch stabiler herrschen läßt sich natürlich, wenn die Wessi- und Ossi-Arbeiter so gegeneinander aufgehetzt werden, daß sie sich gegenseitig die Schuld für Einkommensverluste und Arbeitslosigkeit in die Schuhe schieben – „geteilte Arbeiterschaft ist doppelter Profit“.

Der DGB sollte lieber erklären, daß das, was die Lohnabhängigen miteinander teilen sollten, ihre Erfahrungen im Kampf für ihre Interessen und gegen die Unternehmer sind und die Solidarität daraus erwächst. Hoffen wir, daß der Druck der Tarifunde die DGB-Führung von ihrer christlichen Nächstenliebe mit notleidenden Unternehmen abbringt.

Der Slogan ist übrigens an der Basis auf wenig Begeisterung gestoßen. So ersetzte die Stuttgarter IG Metall das offizielle Motto durch die Parole „Widerstand gegen Griff in unsere Taschen“. In Nürnberg, wo der DGB-Vorsitzende Meyer seine Rede hält, wird am 1. Mai kein einziges der offiziellen Plakate zu sehen sein.

Claus Ludwig, Bremerhaven
Jungsozialist und IG Medien-
Jugend- und Azubivertreter

Landtagswahlen in Baden-Württemberg

Wut auf das ganze System

„Proteststurm im Süden“ (FAZ), „Protest gegen Bonn“ (Die Welt), „Rebellion der Wähler“ (Stuttgarter Nachrichten). Das waren die Schlagzeilen der Presse am Tag nach der Wahl.

Die CDU verlor am 5. April ihre letzte Regierungsmehrheit in Westdeutschland. Sie sackte um 9,4 Prozent auf 39,6 Prozent ab. Die FDP rettete sich trotz niedriger Wahlbeteiligung mit 5,9 Prozent nur mit Ach und Krach über die 5-Prozent-Hürde.

Bis zum Wahlsonntag galt Baden-Württemberg als Hochburg der CDU. Uneinnehmbar. Der schwarze Filz wucherte. Aber niemand muckte auf. 20 Jahre konnte die CDU mit absoluter Mehrheit regieren. Während die CDU in den 80er Jahren in einem Bundesland nach dem anderen was auf den Deckel bekam, schien es so, als wenn sie sich in Süddeutschland alles erlauben konnte.

Aber am 5. April kam der ganze Unmut, der sich über die letzten Jahre angestaut hatte, zum Ausbruch. Die Stuttgarter Zeitung sprach in ihrem Leitarti-

kel von einem „Erdbeben.“ Zum ersten Mal seit 30 Jahren fiel die CDU in Baden-Württemberg unter die 40-Prozent-Marke. Gegenüber 1988 verlor sie 430.000 Stimmen.

In den letzten 20 Jahren hatte Baden-Württemberg bundesweit die niedrigsten Arbeitslosenzahlen und die höchsten Wachstumsraten. Damit ist es heute vorbei.

Wirtschaftskrise

Die Exportabhängigkeit, im Aufschwung ein Vorteil, wird heute zum Nachteil. Die USA, Britannien, Schweden und die Schweiz stecken in der Krise. Das führt zu verschärftem Wettbewerb. In der süddeutschen Autoindustrie tobt eine mörderische Konkurrenz. Im Maschinenbau plant jeder zweite Konzern Entlassungen. Bei den Zuwachsraten des Bruttoinlandsproduktes West lag das „Musterland“ 1991 auf dem vorletzten Tabellenplatz.

Der wirtschaftliche Einbruch ist eine kalte Dusche für die arbeitende Bevölkerung im Südwesten. Dazu kommen

steigende Gebühren und wachsende Umweltschäden. Zwei von drei Bäumen sind krank.

Viele Arbeitnehmer und vor allem Jugendliche sind zu dem Schluß gekommen, daß radikale Probleme radikale Lösungen brauchen. Aber von der SPD erwarten sie sich derzeit nichts. Die SPD wird als Teil des ganzen Systems gesehen. Nach 20 Jahren in der Opposition brachte die SPD-Führung das Kunststück fertig, nochmal 2,6 Prozent zu verlieren und unter die 30 Prozent zu fallen. Das ist das schlechteste Wahlergebnis seit den 50er Jahren.

Nicht mal jeder zweite Wahlberechtigte hat diesmal CDU oder SPD gewählt. Bezogen auf alle Wähler, einschließlich Nichtwähler, bekamen beide Parteien zusammen nur 48 Prozent. Die „Partei der Nichtwähler“ wurde in Baden-Württemberg mit 2.126.000 stärkste Kraft.

Über den Wahlkampf redete in Stuttgart niemand, über den Wahlausgang jeder. In einer Kneipe, in der die Stuttgarter Jungsozialisten manchmal Stammtisch machen, waren die Gäste am Wahlabend hin- und hergerissen. Auf der einen Seite das Entsetzen über das Abschneiden der Republikaner, auf der anderen Seite aber auch eine gewisse Erwartung, daß die Karten jetzt völlig neu gemischt werden. Alle sonstigen Parteien zusammen haben fast 16 Prozent bekommen. Dazu kommen 9,5 Prozent für die Grünen.

Kein Forschungsinstitut, keine Meinungsumfrage hat dieses Ergebnis vorausgesehen. 25 Prozent der Wähler wußten am Samstag vor der Wahl noch nicht, welcher Partei sie am nächsten Tag ihre Stimme geben.

Erfolg der Republikaner

90 Prozent der Republikaner-Wähler waren Protestwähler. Nur 15 Prozent von ihnen hatten schon früher rechtsradikal gewählt. Zwei Eisenbahner z.B., die Republikaner wählten, waren über das Wahlergebnis selbst schockiert. Die

Republikaner erhielten ihren Stimmenanteil zu 42 Prozent von der CDU, zu 23 Prozent von der SPD, zu 15 Prozent von Nichtwählern und zu 4 Prozent von den Grünen.

Die meisten Stimmen haben die Republikaner von Jungwählern erhalten. Bei den unter 30jährigen kamen sie auf 13 Prozent, bei den über 60jährigen nur auf 5 Prozent (laut ZDF-Umfrage). Junge Männer im Alter zwischen 18 und 25 Jahren wählten zu über 20 Prozent Republikaner. Ihre Hochburgen hatten sie im ländlichen Raum und am Rande von Industriezentren – in Ballungsgebieten, Arbeitervierteln und Trabantenstädten.

Die Hauptverantwortung für den Stimmenzuwachs der Republikaner trägt die CDU. Seit letzten Sommer treibt die CDU-Regierung in organisierter Form Rassismus von oben. Im Wahlkampf plakatierte die CDU die industriellen Randgebiete und die traditionellen Arbeiterstadtteile mit der Parole zu: „Das Asylproblem lösen – CDU wählen.“ Aber auch die SPD hat in die gleiche Kerbe gehauen. Die SPD hat in Baden-Württemberg seit November 1991 3 verschiedene Flugblätter zum Thema Asyl herausgebracht, in denen das Thema zum „Problem“ gemacht wird. Stattdessen hätte die SPD rüberbringen müssen, was die wirklichen Probleme im Land sind: Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit und Umweltvernichtung.

Das Wahlergebnis in Baden-Württemberg machte die ganze wirtschaftliche Ungewissheit und die politische Instabilität auf einen Schlag deutlich.

Die Wahlen in Baden-Württemberg waren Protestwahlen gegen die Kohlregierung. In den letzten Jahren hat die CDU bereits eine Landesregierung nach der anderen verloren. Kohl wird in diesem Herbst zehn Jahre Kanzler sein. Wir sollten dafür sorgen, daß er keinen Spaß hat, wenn er sein zehnjähriges Dienstjubiläum feiern will.

Aron Amun, Stuttgart
Jungsozialist

Ozonloch Umweltzerstörer enteignen!

Bereits in den nächsten ein bis zwei Jahren kann das Spielen im Sandkasten für Kinder zu einem Gesundheitsrisiko werden. Sonnenbaden am Strand und lange Spaziergänge werden vielleicht gar nicht oder nur noch sehr eingeschränkt möglich sein.

In Australien wird die Bevölkerung über Rundfunk und Fernsehen informiert, an welchen Tagen und zu welchen Zeiten ein Sonnenbad besonders gefährlich ist.

Ursache ist der Abbau der Ozonschicht, die die Erde in großer Höhe umgibt. Die Ozonschicht wirkt wie ein Schutzschild, das für den größten Teil der von der Sonne kommenden ultravioletten Strahlung (UV-Strahlung) undurchlässig ist. Wird dieses Schutzschild ganz oder teilweise zerstört, so gelangt wesentlich mehr UV-Strahlung zur Erde. Geringe Mengen von UV-Strahlung sind ungefährlich. Bei zuviel UV-Strahlung steigt aber die Gefahr von Hautkrebs. Auch Pflanzen und Tiere werden durch zuviel UV-Strahlung bedroht. Tiere können zum Beispiel erblinden, bei Pflanzen kann das Erbgut geschädigt werden. Beim Plankton – das sind winzige Lebewesen im Meer, von denen sich letztendlich alle größeren Fische ernähren – wurde in einigen Gebieten bereits ein Rückgang von sechs bis zwölf Prozent entdeckt.

Verursacht wird der Ozonabbau durch FCKW (Fluorchlorkohlenwasserstoffe). FCKW sind Gase, die zum Beispiel in Kühlaggregaten, als Treibmittel in Spraydosen oder zum Aufschäumen von Kunststoffen verwendet werden oder wurden. FCKW wurden 1930 entwickelt und seitdem massenhaft produziert und verbraucht.

1974 wurde ihre ozonschädigende Wirkung festgestellt. Doch seitdem passierte ziemlich wenig. So hieß es 1987 beim Chemiegiganten DuPont: „Wir glauben derzeit an keine (Ozon-) Krise, die eine gesetzliche Regelung erfordern würde.“ So unverbindlich wie diese Aussage ist, zeigt sie doch die Haltung der Unternehmer: Mögliche Einbußen bei ihren Gewinnen wiegen schwerer als die mögliche Zerstörung unserer Umwelt im Weltmaßstab.

Dabei dürften Produkte eigentlich nur dann hergestellt werden, wenn zweifelsfrei erwiesen ist, daß sie unschädlich sind. Hierzu sind jedoch aufwendige Untersuchungen und Tests er-

forderlich. Solche Verfahren widersprechen der Logik des Kapitalismus. Lange Untersuchungen verringern den Profit. Außerdem sind die Konzerne wegen der Konkurrenz gezwungen, ihre neuen Produkte möglichst als erster auf den Markt zu bringen.

Die weitere Zerstörung der Ozonschicht muß aufgehalten werden:

- ★ Deshalb muß die Produktion und die Verwendung von FCKW sofort verboten werden.
- ★ Chemiekonzerne, die sich widersetzen bzw. drohen, die Produktion ins Ausland zu verlagern, müssen enteignet werden.
- ★ Nur Produkte, die ohne Zweifel umweltverträglich sind, dürfen hergestellt werden. Die Kontrolle darüber müßte durch die Beschäftigten selbst und die Gewerkschaften sowie staatliche Stellen ausgeübt werden.
- ★ Arbeiter und Angestellte dürfen nicht die Lasten für die jahrzehntelange Zerstörung unserer Umwelt durch die Chemiekonzerne tragen. Für vollwertige Ersatzarbeitsplätze, wenn umweltschädigende Produktion eingestellt wird

Andreas Müller, Aachen
Jungsozialist



Dafür kämpft VORAN:

- ★ Ein massives staatliches Programm zur Förderung des sozialen Wohnungsbau, des öffentlichen Personennahverkehrs bei Nulltarif, des Bildungs- und Gesundheitswesens, von Umweltschutzmaßnahmen.
- ★ Arbeit für alle. Sofortige Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich als Einstieg in weitere Arbeitszeitverkürzung.
- ★ Gleicher Lohn für gleiche Arbeit in Ost- und Westdeutschland, für Männer und Frauen, Deutsche und Ausländer.
- ★ Garantiertes Mindesteinkommen (einschließlich Renten) von 1800 DM netto für alle ab 18 Jahre.
- ★ Steuerreform mit dem Ziel der Abschaffung aller indirekten Steuern auf den Massenverbrauch und Steuerprivilegien für die Reichen; einfaches Steuersystem mit direkter, einkommensbezogener Besteuerung bei starker Progression (d.h. höhere Belastung der Großverdiener).

- ★ Bleiberecht für alle Ausländer und volle rechtliche Gleichstellung mit deutschen Bürgern.
- ★ Volles Wahlrecht auf allen Ebenen für alle in Deutschland lebenden Menschen ab 16 Jahren.
- ★ Ersatzlose Streichung des §218; Kostenlose Verhütungsmittel; hundertprozentige qualifizierte Versorgung mit staatlichen Kinderbetreuungseinrichtungen für alle Kinder zum Nulltarif.
- ★ Sofortiger Ausstieg aus der Kernenergie verbunden mit Lohnfortzahlung bzw. garantierten Ersatzarbeitsplätzen für die Beschäftigten.
- ★ Keine Privatisierung staatlicher Betriebe in Ost und West, Verstaatlichung der 200 größten Konzerne, Banken und Versicherungen im Westen; Demokratische Verwaltung der staatlichen Betriebe durch gewählte und jederzeit abwählbare Vertreter (z.B. 1/3 Vertreter von Belegschaft, Gewerkschaft und Staat), die nicht

- mehr verdienen dürfen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn.
- ★ Statt kapitalistischer Verschwendung und bürokratischer Mißwirtschaft: für einen demokratisch aufgestellten Produktionsplan, entsprechend den Bedürfnissen der Bevölkerung und der Umwelt.
- ★ Keine Unterordnung der SPD-regierten Städte, Landkreise und Länder unter die Zwänge der von der Bundesregierung vorgegebenen Spar- und Steuerpolitik. Stattdessen gemeinsamer Widerstand mit den Gewerkschaften gegen Kohl und Kapital.
- ★ Die SPD muß die arbeitende Bevölkerung für ein solches sozialistisches Programm mobilisieren.
- ★ Ein sozialistisches Deutschland müßte ein erster Schritt zu den Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa und einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung im Interesse der Ausbeuteten und Unterdrückten sein.



1.Mai-Plakat, DGB-Mitarbeiter

Berlin Grenzenlose Schnüffelei

Vor einiger Zeit wurde in Berlin das neue ASOG (Allgemeine Sicherheits- und Ordnungsgesetz) im Schnellverfahren vom Abgeordnetenhaus beschlossen. Die von CDU und SPD gemeinsam eingebrachte Novellierung des ASOG ermöglicht die Verknüpfung verschiedener Dateien miteinander, um so eine Datenspur des Überwachten zu erhalten.

Dabei soll auf Dateien zugegriffen werden, in denen praktisch jeder Bürger gespeichert ist, wie Kranken- und Versicherungsdateien, Dateien der Einwohnermeldeämter, usw. Außerdem soll es erlaubt sein, verdeckte Ermittler und Wanzen nicht nur einzusetzen, wenn ein konkreter Tatverdacht besteht. Ein „Erkenntnisinteresse“ soll bereits ausreichen – wer dieses festlegt, bleibt offen. Es genügt beispielsweise der Verdacht, daß eine Person eine eventuell verdächtige Person kennen könnte.

Von nun an darf also nach Herzenslust geschnüffelt werden, ganz in der Tradition der Stasi. Allein die Qualität der Schnüffelmethode ist verbessert und auf den neuesten Stand der Technik gebracht worden. Im Zeitalter der vielfältigen Vernetzungsmöglichkeiten können mit Leichtigkeit personenbezogene Daten aus allen Computern dieses Landes miteinander verknüpft werden. In der BRD werden von etwa 200 verschiedenen Behörden persönliche Daten gesammelt, die die Polizei von nun an benutzen darf, wie sie möchte. Das ganze trägt den Namen Rasterfahndung.

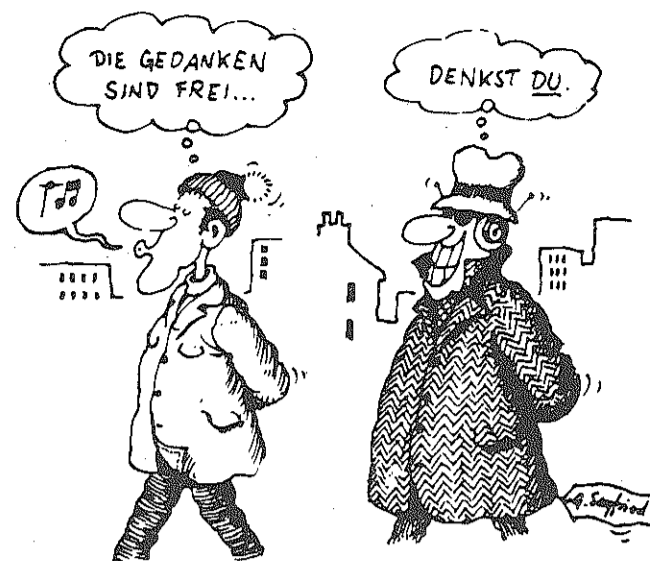
Wenn man dann allerdings herausfinden möchte, was die Polizei alles von einem weiß, lernt man die Feinheiten bürokratischer Schikane kennen. Denn man selbst muß der Polizei sagen, was sie haben könnte und wo es gespeichert ist. Man muß der Polizei also alles über sich verraten, um dann zu wissen, was sie schon wußte. Vorausgesetzt natürlich, man kennt sich im

Computersystem der Polizei aus. Der einzige Unterschied zur Stasi ist, daß man überhaupt eine Möglichkeit hat, etwas in Erfahrung zu bringen.

Auch auf öffentlichen Veranstaltungen und Ansammlungen (Fußballspiele, Demos usw.) darf mit Bild und Ton geschnüffelt werden.

Viele werden jetzt sagen, daß das alles nichts Neues ist. Sie haben recht. Wir brauchen nicht mal weit in die Vergangenheit zu schauen. Das beste Beispiel in der jüngsten Geschichte war wohl der Skandal bei BASF, wo die Geschäftsleitung „frei Haus“ mit persönlichen Daten ihrer Mitarbeiter beliefert wurde. Auch die ständig auf Demonstrationen zu sehenden Kameras fallen mittlerweile schon gar nicht mehr auf.

Mit dem neuen ASOG in Berlin werden nun die Methoden legalisiert, die bisher nur unter der Hand durchgeführt werden konnten. Die gegenseitige Amtshilfe verschiedener Behörden unter Aushebelung des Datenschutzes kennt keine Grenzen mehr.



Interessanterweise spricht die SPD-Führung – sie ergriff die Initiative – von einem Gesetz „für den kleinen Mann auf der Straße“. Er soll angeblich besser vor der organisierten Kriminalität geschützt werden.

Es sind aber Zweifel angebracht, ob die Polizei ernsthaft gegen diesen florierenden Sektor der kapitalistischen Wirtschaft vorgehen wird. Denn die Grenzen zwischen „ehrbaren“ Geschäftsleuten, Wirtschaftskriminellen und Mafiosi sind fließend. Dinge wie Drogenkriminalität z.B. werden von Banken durch Geldwaschen gefördert, Drogen- und Waffenhandel bilden einen beträchtlichen Anteil des Welthandels. Belangt werden allerdings meist nur die kleinen Dealer auf der Straße oder die Drogenabhängigen selbst. Der von der US-Regierung mit militärischen Mitteln geführte „Drogenkrieg“ gilt als gescheitert. Ähnlich verhält es sich mit Waffenschlebereien, die sogar oft noch staatlich genehmigt werden. Nur selten kommt es vor, daß so ein Skandal mal aufliegt.

Wir sind nicht dagegen, daß Kriminelle für ihre Verbrechen zur Rechenschaft gezogen werden. Aber wir sind nicht bereit, unter dem Deckmantel der Sorge um die „öffentliche Sicherheit“ unsere demokratischen Rechte abzubauen zu lassen.

Man muß mißtrauisch sein, wenn unter dem Schlagwort Verbrechens-

oder Terrorismusbekämpfung die Machtbefugnisse des Staates ausgedehnt werden. Wie weit man den Begriff Terror dehnen kann, zeigen uns Beispiele aus der Türkei, wo fast jeder, der etwas „staatsfeindliches“ zu sagen hat, als Terrorist abgestempelt werden kann. Das geht so weit, daß man eine ganze Volksgruppe, die Kurden, als Terroristen abstempeln kann, die dann nach Herzenslust verfolgt werden dürfen.

Auch wenn hier nicht die Türkei ist, gibt es in der BRD doch soziale Probleme, die zu großen Bewegungen und Kämpfen gegen die Unternehmer und ihren Staatsapparat führen werden. Das neue ASOG in Berlin kann in der Zukunft hervorragend gegen Linke und aktive Gewerkschafter eingesetzt werden und ist somit ein Teil der Ausrüstung des Staates für den Kampf gegen alle, die als „innerer Feind“ gelten.

Dies ist kein Gesetz für den „kleinen Mann auf der Straße“, sondern für die „großen Männer in den Chiffesseln“. Gerade wegen der Erfahrungen der deutschen Arbeiterbewegung mit dem Staatsapparat unter dem Faschismus und in der Weimarer Republik fordern wir von der SPD-Führung einen konsequenten Kampf gegen die Einschränkung demokratischer Rechte und den Ausbau des staatlichen Spitzelwesens.

Dirk Aschoff, Berlin
Jungsozialist

Heißes Pflaster für treue Hände:

WARNUNG!

Mitarbeiter der Treuhandanstalt
betreten das Gebiet der Gemeinden
Siegelbach, Dorsdorf u. Espenfeld
auf eigene Gefahr.

Köllmer, Bürgermeister

PDS Für die Schwachen eine starke Opposition?

Die zunehmende Kriminalisierung der PDS wird oft damit begründet, daß diese Partei linksextremistisch sei. Das ist ein völlig absurder Vorwurf. Die mecklenburgische PDS-Führung hat das eindeutig bewiesen.

„Für die Schwachen eine starke Opposition“, so lautet eine der Parolen der PDS. Sie soll die völlige Abwendung von den alten SED-Zeiten demonstrieren. Schaut mensch sich diesen Slogan etwas genauer an, stellt er jedoch das Gegenteil fest.

Er offenbart folgende Haltung: Die ArbeiterInnen sind zu schwach, um ihre Interessen selber zu verteidigen.

Korrektur

„Zur Stasi-Hysterie/Thesen des Verrats“, VORAN Nr. 140, April 1992
Uns unterlief beim Setzen ein sinnentstellender Fehler. Hinter dem Satz „Von der Rolle der Ost-CDU als ‚Blockflöte‘ ganz zu schweigen.“ (2. Spalte, 2. Absatz) fehlt der Satz: „Andererseits sieht es bei Bohley und Schult aus.“

Es geht dann weiter mit „Durch ihre Rolle in der DDR-Opposition und während des Herbstes 1989 genießen sie das Image von ‚Revolutionären‘.“

Deshalb können sie nicht Träger einer Oppositionspolitik sein. Es kommt also darauf an, Opposition für die Schwachen zu sein.

Mit dieser vormundschaftlichen Haltung zur ArbeiterInnenklasse steht die PDS-Führung in direkter Traditionslinie zur alten SED. Doch die „Schwachen“ sind oft stärker, als es ihre selbsternannten Vertreter wahrhaben wollen. Die WertarbeiterInnen von Wismar und Rostock lösten z.B. eine Regierungskrise aus, als sie ihre Betriebe besetzten (siehe Voran Nr. 140).

Sie hatten die Nase voll von der Treuhand-CDU-FDP-Mafia und forderten für Mecklenburg-Vorpommern Neuwahlen. Die SPD griff diese Forderung nur halbherzig auf.

Das wurde von der PDS sofort ausgenutzt – um die SPD-Führung rechts zu überholen! Mit der Begründung, daß Neuwahlen das Land unregierbar machen würden, lehnte der Fraktionsvorsitzende von Mecklenburg-Vorpommern, Scheringer, die Forderungen der ArbeiterInnen einfach ab. Deutlicher geht es nicht. ArbeiterInnen haben gefälligst schwach zu bleiben und sich damit zu begnügen, daß die „starke Opposition“ sie hin und wieder im Parlament erwähnt.

Alle historischen und aktuellen Erfahrungen belegen: Die ArbeiterInnen-

klasse kann sich ohne eine Führung nicht wirksam gegen die Bosse verteidigen. Diese darf jedoch nicht aus abgehobenen Bürokraten und Karriereisten aus den Mittelschichten bestehen, sondern muß durch Lebensstandard – kein Funktionär darf mehr verdienen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn – und durch ständige Kontrolle eng mit den ArbeiterInnen verbunden sein.

Daß die heutige SPD eine solche Führung nicht ist, steht völlig außer Frage. Aber eine kleinere Partei, die die gleiche arbeiterInnenfeindliche Politik betreibt und diese nur mit linkeren Phrasen garniert, ist keine Alternative. Für die Herausbildung einer wirklich konsequenten Führung der ArbeiterInnenklasse ist der Aufbau eines starken marxistischen Flügels in SPD und Gewerkschaften nötig.

Wir rufen alle ehrlichen SozialistInnen in der PDS auf:
– Folgt nicht aus einer falschen Loyalität heraus eurer bankrotten Führung in den Untergang
– Unterstützt den Kampf von VORAN für die sozialistische Erneuerung von SPD und Gewerkschaften

Matthias Narbei, Tiefenort (Thüringen)
Jungsozialist und ehemaliges PDS-Mitglied

Fortsetzung von Seite 12

SPD raus aus der Großen Koalition!

... Kurios ist auch die Politik der Sozialdemokraten auf dem Verkehrssektor. Man entblödet sich nicht, Beschlüsse, die unter dem Rot-Grünen Senat verabschiedet wurden (z.B. Tempolimit auf der Stadtautobahn), zu revidieren, um sich der CDU anzupassen.

In der großen Koalition hat die SPD neben der CDU ihr unternehmerfreundliches Gesicht gezeigt. Massive Angriffe auf Arbeitnehmer, Abwürgen von Gewerkschaftskämpfen, eine spekulantenfreundliche Wohnungspolitik, Kulturabbau, Angriffe auf die Jugendlichen und auf die RentnerInnen sowie eine autofreundliche und umweltverachtende Verkehrspolitik – das sind die Ergebnisse der großen Koalition. In Anbetracht dessen wundert es nicht, wenn eine ältere Frau in Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen in der „Berliner Abendschau“ sagt: „Nochmal so'n kleiner Hitler dran, schadet nischt!“ Franz Schönhuber betrachtet ein zweistelliges Wahlergebnis vor dem Komma als realistisch für seine Partei.

Da es keine wirkliche linke Alternative gibt, werden viele, die nicht auf die rechten Rattenfänger hereinfliegen, einfach zu Hause bleiben.

CDU, FDP und die Rechten sind mit dem Kapital verbunden. Sie werden daher zu keiner Zeit bereit sein, die Interessen und die Forderungen der Arbeitnehmer durchzusetzen.

Trotz ihrer rechten Führung ist die SPD der politische Arm der organisierten Arbeiterbewegung. Das Beispiel der Wertekrise in Mecklenburg-Vorpommern verdeutlicht, daß die SPD unter dem Druck der arbeitenden Be-

völkerung zumindest halbe Schritte zum Kampf gegen Kohl macht. Aber das reicht nicht aus. Die SPD muß von Jugendliche und Arbeitern als ihre Interessenvertretung zurückerobert werden. Darum: Geht zur Wahl, nicht wählen ist eine Stimme für die Rechten. Wählt SPD, aber wählen allein genügt nicht. Werdet in SPD und Gewerkschaften für eure Interessen und gegen die Politik der rechten SPD-Führung aktiv.

- ★ SPD raus aus der großen Koalition!
- ★ SPD auf die Seite der Arbeitnehmer – gemeinsamer Kampf mit den Gewerkschaften für gleichen Lohn in Ost und West!
- ★ Für ein massives staatliches Wohnungsbauprogramm! Enteignung der Miethäuser und Verbot der Immobilienmakler!
- ★ Gegen den Bildungs- und Kulturkollaps!
- ★ Staatliche Subvention von kulturellen Veranstaltungen und Projekten
- ★ Aus- und Neubau von Jugendfreizeitanstalten!
- ★ Gegen Olympia und Bonzenvillen, die Gelder sollen für Wohnungsbau, Ausbau von Bus- und Bahnnetz und Förderung des Breitensports verwendet werden!
- ★ Gegen die hohen Parlaments- und Senatsdiäten: für einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn für alle gewählten SPD-Vertreter
- ★ Ausbau des ÖPNV mit dem Ziel des Nulltarifs!

Sascha Schneider, Berlin
Jungsozialist

Kahlschlag in der Bildung – ohne uns!

Verschiedene Landesregierungen und die Bundesregierung planen erneut Angriffe auf unser Bildungssystem. Die Arbeitszeit für Lehrer soll verlängert, die Unterrichtszeit für Schüler verkürzt werden. Was ist der Zweck dieser Angriffe? Warum geschehen sie gerade jetzt?

Schon seit Jahren ist die Situation im nordrhein-westfälischen Bildungssystem im Vergleich mit anderen Bundesländern katastrophal. In Nordrhein-Westfalen fehlen 19.000 Lehrer. Es fallen wöchentlich 300.000 Stunden aus. Während nordrhein-westfälische Lehrer mehr Unterrichtsstunden erteilen als ihre Kollegen in den anderen Bundesländern, erhalten die Schüler in NRW weniger Unterricht als dort.

Die Landesregierung unter Johannes Rau hat nun den Auftrag an das sogenannte Kienbaum-Institut gegeben, diese Zustände nach rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu untersuchen und entsprechende Kürzungsvorschläge zu machen. Diese sehen so aus: weitere Unterrichtsverkürzung, Samstag ganz unterrichtsfrei; mehr Arbeit für Lehrer, die Fortbildung soll um 20% gekürzt werden und nur noch in den Ferien stattfinden, gleichzeitig aber werden die Ferien der Lehrer um zwei Tage verkürzt; Erhöhung der Klassenstärke; Einstellung aller außerunterrichtlichen Tätigkeiten, wie z.B. Arbeitsgemeinschaften.

Mißstände vertuscht

Der Lehrermangel fällt nicht sofort ins Auge, wenn Lehrer noch länger und noch mehr Schüler unterrichten müssen, wenn die Schüler ihrerseits weniger Unterricht erhalten und wenn keine Stunden für Musik- oder Theater-Arbeitsgemeinschaften etc. „verschwendet“ werden. Solche Maßnahmen dienen nur dazu, die Mißstände zu vertuschen. Sie können nur behoben werden, wenn endlich alle fehlenden Lehrkräfte eingestellt werden.

Dabei ist es eine Lüge, wenn behauptet wird, es sei kein Geld da! Die Frage ist nur, wer darüber verfügt und wofür es ausgegeben wird: Bleibt es in den Unternehmertaschen, oder wird es für dringend nötige öffentliche Ausgaben in die Staatskassen umverteilt. Es ist richtig, daß es in den letzten Jahren eine Umverteilung der Finanzen von den Ländern und Kommunen zum Bund gegeben hat. Aber die SPD muß endlich erklären, in wessen Taschen die Gelder tatsächlich geflossen sind, den

offensiven Kampf um mehr Finanzen gegen die konservative Bundesregierung anzufangen und nicht deren typische „Sachzwangpolitik“ weiterzuführen.

Hauptverantwortlich für die geplanten Angriffe im Bildungswesen ist aber die CDU. Sie ist es, die dafür gesorgt hat, daß Länder und Kommunen in den letzten Jahren finanziell ausgeblutet worden sind. Anstatt endlich angemessene Gelder in unsere Bildung zu investieren, werden sie auf Bundesebene für Wahnsinnprojekte wie etwa den Jäger 90 (der etwa 100 Milliarden DM verschlingen wird) oder für Subventionen an Unternehmer ausgegeben.

Es ist auch die CDU, die beispielsweise in Baden-Württemberg schon Eliteschulen gegründet hat. Diese Schulen sollen mit einer Luxusausstattung an Lehrmitteln und -personal nach den Vorstellungen der CDU eine Elite von zwei Prozent der Bevölkerung hervorbringen. Von Durchlässigkeit zwischen den Schultypen kann bei diesen Schulen keine Rede mehr sein. Realschüler können nach der zehnten Klasse gar nicht mehr, Gymnasiasten nur noch unter bestimmten Bedingungen auf solche Schulen wechseln. Es ist auch die CDU, die für die Streichung des Schülerbafögs verantwortlich ist (gesparte Ausgaben pro Jahr: 400 Millionen DM).

Schulzeitverkürzung

Bildungspolitisch ist im Moment jedoch die Verkürzung der Schulzeit von 13 auf 12 Jahre das Hauptziel der bürgerlichen Parteien. Lehrerstellen sollen dadurch eingespart werden, daß weniger Unterricht erteilt werden muß. Die Folgen werden aber eine Zunahme des



Lernstresses für Schüler und ganz einfach eine Verschlechterung der Bildung sein.

In Zeiten wirtschaftlicher Krisen, wie wir sie zur Zeit auch in der Bundesrepublik erleben, ist jede „unnötig“ in die Bildung investierte Mark den Unternehmern zu viel. Im Kapitalismus steigt und fällt die Bildung mit den Bedingungen und Anforderungen der Wirtschaft. So war Ende der 60er Jahre eine größere Schar Höherqualifizierter von Nöten, um international konkurrenzfähig zu bleiben. Gemäß dem Motto, daß das „Bildungspotential der Bevölkerung“ erschlossen werden sollte, wurden die sozial-liberalen Bildungsreformen Anfang der 70er Jahre durchgeführt.

Die Anforderungen änderten sich jedoch mit Einbruch der Weltwirtschaftskrise 1974/75. Die Angriffe in der Bildung ließen nicht lange auf sich warten. Am Beispiel der USA sieht man, wie im Kapitalismus die staatlich finanzierte Bildung für die Masse der Bevölkerung auf ein Minimum begrenzt werden kann, um die Kosten zu begrenzen. Dabei wird die Gesellschaft sogar schrittweise zum Analphabetentum zurückgeworfen.

Chancengleichheit in der Bildung gibt es im Kapitalismus nicht. Der Anteil von Arbeiterkindern auf Gymnasien beträgt gerade mal 8% (weniger als vor 10 Jahren!), der Ausländeranteil beträgt hier 5%, während er an Hauptschulen bei 25% liegt.

Gegenwehr

Die Angriffe aufs Bildungssystem gehen uns alle an. Sie werden vor den Unis und Hochschulen nicht haltmachen, auch wenn die Situation dort schon wesentlich katastrophaler ist als an den Schulen. Es gibt viel zu wenig Studienplätze. Um die Zahl der Studenten einzudämmen, fordern konservative Politiker nun Studiengebühren und Aufnahmeprüfungen. Es wird argumentiert, die Zahl der Studenten sei zu hoch, doch in Wirklichkeit hat das Kapital zur Zeit einfach nicht den Bedarf nach mehr hochqualifizierten Arbeitskräften mit entsprechenden Lohnvorstellungen oder gar einfach an allgemeiner Bildung.

Wer an der Bildung spart, spart an unserer Zukunft! Wir alle sind von den geplanten Angriffen betroffen – Schüler, Studenten, Lehrer, aber auch alle Eltern. Deswegen müssen wir einen gemeinsamen Kampf führen. Anstatt willkürliche Schulzeitverkürzung, Einstellungsstop und die Eindämmung der Durchlässigkeit zwischen den Schultypen müssen wir möglichst gute Bildung für alle fordern, und ein Bildungssystem, das den Interessen der arbeitenden Bevölkerung gerecht wird, nicht denen der Unternehmer.

Sascha Russell, Aachen
Jungsozialist



Jusos Aachen Erfolg der Marxisten

Ein neuer und frischer Wind weht bei den Jusos im Unterbezirk Aachen-Stadt. Die Delegierten der Juso-Konferenz vom 4. April stimmten zum ersten Mal für das marxistische Arbeitsprogramm, das Voran-Unterstützer vorschlugen und wählten auch einen neuen Vorstand mit marxistischer Mehrheit. Fünf der sechs Arbeitsgemeinschaften in Aachen hatten im Vorfeld marxistischen Delegierten ihr Vertrauen ausgesprochen. Das bedeutet gleichzeitig auch eine radikale Verjüngung des Vorstandes. Das Durchschnittsalter beträgt jetzt 18,6 Jahre.

Der bürgerlichen Propaganda vom „endgültigen Sieg der Marktwirtschaft“ zum Trotz stellen die Jusos Aachen fest: „Eine neue, bessere und gerechtere Gesellschaft – eben eine sozialistische Gesellschaft – ist eine dringende Notwendigkeit, wenn wir den Planeten Erde retten wollen und ein lebenswertes Leben wollen.“

Um ein sozialistisches Programm in der Aachener Jugend zu verankern und dem Rechtsruck in SPD und bei den Bundes-Jusos etwas entgegenzustellen, hat sich die Konferenz einiges vorgenommen:

Ein Hauptziel ist es, mehr Frauen und mehr Arbeiterjugendliche für den Verband zu gewinnen. Die Schwer-

punkthemen für das kommende Jahr wurden dementsprechend ausgewählt. Die Unterstützung der Gewerkschaftsforderungen in den Tarifkämpfen und eigene Propaganda gegen die Unternehmerhetze ist ein erster Schwerpunkt. Einige Jusos haben sich bereits ein Herz gefaßt und die Unternehmerplakate („Sag nicht am Ast...“) mit Parolen gegen Lohnopfer verschönert.

Vor der Sommerpause plant der Juso-Unterbezirk, einen Vertreter der antirassistischen Bewegung aus Großbritannien einzuladen und mit ihm über Rassismus und Faschismus in Europa zu diskutieren. Außerdem wird eine Kampagne gegen den Pflegenotstand durchgeführt werden.

Auch wenn die bürgerlichen Medien ständig versuchen, die Jugendlichen als unpolitisch und passiv darzustellen, werden die Aachener Jusos zeigen, daß Jugendliche nicht unpolitisch sind, sondern bloß die Nase voll davon haben, schöne Politiker-Reden zu hören, aber keine Taten zu sehen. Mit einem offensiven und radikalen Programm sind viele Jugendliche für politische Arbeit zu gewinnen.

Sascha Stanicic,
Aachen
Juso-Unterbezirksvorsitzender

Juso-Bundeskongreß 1992

„Die Jusos brauchen einen neuen Aufbruch von links“

So endet die Grundsatzklärung, die beim letzten Bundeskongreß der Jungsozialisten beschlossen wurde. Ein Jahr später läßt dieser Aufbruch immer noch auf sich warten.

Viele Delegierte hatten die Hoffnung, durch einen neuen Vorstand könnte die chronische Passivität des Juso-Bundesverbandes behoben werden.

Obwohl die Mehrheit der Delegierten die politische Position der „Juso-Linken“ unterstützte, bekamen die rechten „Reformsozialisten“ bei den



Kein verspäteter Aprilscherz: Ex-Wirtschaftsminister Bangemann ist Hauptreferent auf dem Juso-Bundeskongress

Vorstandswahlen die Mehrheit. Aber neue Besen müssen nicht unbedingt besser kehren, sie können auch in der Besenkammer verstauben.

Hatte es in den letzten Jahren wenigstens ein Pfingstcamp auf Bundesebene gegeben, so war die einzige sichtbare Außenaktivität im letzten Jahr ein Fest(!) zum Jahrestag des DDR-Anschlusses unter dem Motto „Wir machen die Einheit von unten“, daß noch dazu nicht wie eine Juso-, sondern wie eine reine SPD-Veranstaltung aussah. Wo es aber wirklich darum gegangen wäre, die Einheit von unten umzusetzen, war von den Jusos nicht viel zu sehen – die groß angekündigte Jugendinitiative in Ostdeutschland verlief weitgehend im Sande.

Als die CDU im letzten Sommer ihre Kampagne zum Thema Asyl startete, die SPD-Führung darauf einstieg, und es im Herbst dann zu einer Welle rassistischer Gewalt gegen Ausländer kam, wäre es die Aufgabe der Jusos gewesen, die entstehende Gegenbewegung mit zu organisieren. Dazu bräuchten wir einen handlungsfähigen Bundesvorstand, der die Aktivitäten der Untergliederungen zusammenfaßt und eine Kampagne organisiert.

Ebenso müßten die Jusos bei der aktuellen Tarifrunde deutlich machen, daß sie klar die Forderungen der Gewerkschaften unterstützen, während auch von SPD-Politikern zum Angriff auf unsere Löhne geblasen wird. Aber

an erster Stelle scheint für den Bundesvorsitzenden Ralf Ludwig die Profilierung in Drogenfragen zu stehen – immerhin auch ein wichtiges Thema.

Der vorläufige Höhepunkt der politischen Orientierungslosigkeit der Jusos soll beim diesjährigen Bundeskongress vom 22. bis 24. Mai in Wolfenbüttel selbst gesetzt werden. Als einziges politisches Thema ist „Europa“ angesetzt, als Hauptreferent ist der frühere FDP-Wirtschaftsminister Bangemann eingeladen. Nicht daß es falsch wäre, sich mit den Strategen des Kapitals auseinanderzusetzen und bei öffentlichen Diskussionen ihre Propaganda auseinanderzunehmen. Daß sie aber die politischen Hauptreferate bei unseren Kongressen halten sollen, wo es zunächst einmal darum geht, unsere eigenen Positionen zu erarbeiten, ist kaum nachvollziehbar.

Die neue Führung des Bundesverbandes hat versagt. Eine radikale Wende in Programm und Praxis der Jungsozialisten ist nötig. Die Jusos müssen in bundesweiten Kampagnen die wirklichen Probleme der Jugend aufgreifen und politische Antworten auf Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, Rassismus und Asylantenhetze geben. Die Jusos verstehen sich immer noch als sozialistischer Richtungsverband innerhalb der SPD. Es ist die Aufgabe der Jusos, die SPD mit sozialistischen Ideen wieder instandzusetzen.

Kai Ruoff, Stuttgart
Jungsozialist



aktiv bei den Jusos

Die Wahlen in Europa

Protest gegen das Establishment

Wohin man nach den Wahlen der letzten Monate auch schaute, ob nach Belgien und Bremen im letzten Herbst, nach Italien, Frankreich, Baden-Württemberg oder Schleswig-Holstein in diesem Frühjahr: überall gab es lange Gesichter und Ratlosigkeit. Staatstragende Parteien, ob in der Regierung oder in der Opposition, bekamen von den Wählern einen Denkzettel. Ein Drittel der Wahlberechtigten blieben im Durchschnitt zu Hause und ein beträchtlicher Teil der übrigen stimmte aus Protest für die vermeintlich radikalen Parteien. Überall war es eigentlich der Protest gegen das, was ein kaputtes und unfähiges System – der Kapitalismus – heute der Masse der Bevölkerung anzubieten hat.

Die Vertreter dieses Systems sind nun erschrocken, weil weder seine Parteiführer, noch seine Meinungsforscher das so vorhergesehen hatten. Dabei handelt es sich um alles andere als um eine Naturkatastrophe, die über Nacht hereingebrochen ist, sondern um die Folgen des seit Jahren angestauten Unmuts über die wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen der 80er Jahre. Die Frage ist, warum diese gerade jetzt zu Tage getreten sind und – wichtig für Ausländer, linke Jugendliche und Aktivist der Arbeiterbewegung – wie sich rechtsextreme und faschistische Organisationen weiterhin entwickeln werden.

Die Ereignisse der letzten Monate für sich genommen geben keine Erklärung für das, was passiert ist. Sie sind nur eine Momentaufnahme in der Entwicklungskette der letzten ein bis zwei Jahrzehnte.

Anders als heute blickten die Arbeiter und Jugendlichen Europas vor genau 24 Jahren – im Mai 1968 – mit Jubel nach Frankreich: Die französischen Arbeiter hatten mit Generalstreik und Betriebsbesetzungen ihre herrschende Klasse in die Enge getrieben und eine ganze Generation europäischer Jugendlicher begeistert. In Deutschland brach 1969 die große Koalition von CDU und SPD auseinander, die SPD wurde nach links gedrückt und gewann die Wahlen. Der Aufstieg der rechten NPD, die in den Jahren der großen Koalition in mehrere Landesparlamente eingezogen war, wurde jäh gestoppt. Im Anschluß an die Weltwirtschaftskrise von 1974/75 brach nicht nur das faschistische Franco-Regime in Spanien zusammen, sondern auch die Militärdiktaturen in Griechenland und Portugal. Eine Streikwelle in Großbritannien stürzte die konservative Regierung und Neuwahlen brachten die Labour Party an die Regierung. Eine Radikalisierung und ein Linksruck in den Arbeiterorganisationen brachten Mitte der 70er bis Anfang der 80er Jahre in fast allen europäischen Staaten sozialistische oder sozialdemokratische Parteien an die Macht, begleitet von einer Begeisterungswelle in der ganzen Arbeiterklasse.

Enttäuschte Hoffnungen – Die Führer der Arbeiterorganisationen tragen die Verantwortung

Die Begeisterung über den Sieg währte nicht lange. Kaum an der Regierung, hatten die Parteien ihre Wahlversprechen vergessen und ließen die Politik der Reformen nach kurzer Zeit wieder fallen. Frankreich ist das deutlichste Beispiel: Mit einem radikalen Programm für umfassende Verstaatlichung, sofortige Einführung der 35-Stundenwoche und Entlassungsstopp errang die sozialistische Partei Mitterrands 1981 fast 60% der Sitze im Parlament! Arbeiter in Frankreich und in ganz Europa hofften, daß der Sozialismus in Frankreich gesiegt hätte. Und was ist daraus geworden? Nur einige marode Betriebe und Banken wurden verstaatlicht. Selbst diese wurden später reprivatisiert, nachdem sie auf Kosten der Steuerzahler wieder flott gemacht worden waren. Die Arbeitszeit-

verkürzung blieb bei 39 Stunden stecken und auch bei den Entlassungen wurde nicht Wort gehalten: heute liegt die Arbeitslosigkeit höher als in der Rezession von 1981/82, als die französische Sozialistische Partei an die Macht kam. Der wirtschaftliche Aufschwung seit 1983 war so schwach, daß er kaum Spielraum für Reformen ließ, ohne die Kapitalisten anzugreifen. Und dazu hatten die Führungen der sozialdemokratischen Parteien in Frankreich und im Rest von Europa weder den Mut noch den Willen. Sie zogen es vor, die Arbeiterklasse anzugreifen und genauso oder zum Teil sogar stärker als die Konservativen eine Umverteilung zu Gunsten des Kapitals vorzunehmen.

Die „Sozialpartnerschaft“ zwischen Arbeitern und Unternehmern wurde wieder groß geschrieben, nach dem Motto: „Wenn es den Unternehmern gut geht, geht es den Arbeitern auch gut!“ Damit wurde auch die radikale Stimmung in der Arbeiterklasse merklich abgekühlt. Alles wurde getan, um die Gewinne der Unternehmer zu sichern, etwa durch massive Steuerergüsse. Sogar riesige Staatsschulden wurden in allen kapitalistischen Staaten hingenommen, um den Aufschwung künstlich in Gang zu halten. Je länger er andauerte, um so bürgerlicher wurde die Politik der sozialdemokratischen Führer, egal ob an der Regierung oder in der Opposition: alle Probleme schienen auf kapitalistischer Grundlage lösbar zu sein.

Besonders nach dem Zusammenbruch des Stalinismus in Osteuropa ist jegliche linke Position in den sozialdemokratischen und den kommunistischen Parteien getilgt worden. Wie weit der Rechtsruck gegangen ist, läßt sich sehr deutlich am Beispiel der Führung der Labour Party in Großbritannien zeigen, die gerade jetzt während der tiefsten und längsten Rezession nach dem Krieg die Verstaatlichung aus ihrem Programm gestrichen hat. Mit einem wie nie zuvor pro-marktwirtschaftlichen Wahlkampf steckte sie bei den Wahlen im April eine Niederlage ein, obwohl die katastrophalen Folgen der Angriffe und Privatisierungen der Thatcher-Ära deutlich spürbar waren.

Ähnlich die SPD-Führung, die heute die Privatisierung von Post und Bahn unterstützt, gerade wo im Moment die Folgen der Privatisierung in Ostdeutschland sichtbar werden.

Diese prokapitalistische Politik hat den Unterschied zwischen den bürgerlichen Parteien und den Arbeiterparteien verwischt und die europäischen Arbeiter zu Wahlenthaltungen, Proteststimmungen und teilweise zur – vorläufigen – Abkehr von ihren traditionellen Organisationen veranlaßt.

Krise und Unsicherheit

Für die Arbeiterklasse waren die 80er Jahre nicht so erfolgreich wie für die Kapitalisten oder die gutbezahlten reformistischen Führer der Arbeiterorganisationen. Ein immer größerer Teil der Arbeiterklasse war auf der Verliererstraße.

Die Nöte dieser Schichten haben die sozialdemokratischen Führer nicht zur Kenntnis nehmen wollen bzw. müssen – sie selbst gehören ja nicht dazu! Der bisher noch größte Teil der Arbeiterklasse hat seinen Lebensstandard noch steigern können, zum Teil allerdings



Antirassistische Demonstration in Stockholm

mit mehr Stress und Überstunden erkauf.

Insgesamt ist aber die Armut gestiegen. Selbst in der „reichen“ BRD leben mehr als 10% der Bevölkerung unter der Armutsgrenze. Anhaltende hohe Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, Pflege- und Bildungsnotstand prägen den Zustand der europäischen Staaten. Sie sind der Grund für gespannte Stimmung und angestauten Unmut in der Arbeiterklasse. Die Kürzungspolitik wurde überall zähneknirschend hingenommen, weil sie angeblich Voraussetzung für bessere Zeiten in der Zukunft sein sollte.

Seit Ende 1989 setzten die Kapitalisten aller Länder noch einen drauf, indem sie den Zusammenbruch des Stalinismus als angeblichen „Sieg der Marktwirtschaft“ lauthals feierten. Eine „neue Weltordnung“ voller Frieden und Wohlstand für alle wurde überschwänglich an die Wand gemalt. Da auch die Führer der Arbeiterbewegung mitjubelten, dachten viele Arbeiter, daß da etwas dran sein müsse. Nun ist der Aufschwung vorbei, Großbritannien steckt in der Rezession, Frankreich, Italien und die BRD sind auf dem Weg dahin. Vorbei ist damit auch die bisherige Politik von „Zuckerbrot und

Peitsche“. Jetzt wird nur noch die Peitsche geschwungen. Nicht nur in Deutschland in der diesjährigen Tarifrunde, sondern überall in Westeuropa fordern die Herrschenden Lohnstopp und massiven Sozialabbau.

Der Bürgerkrieg in Jugoslawien, mitten in Europa, macht deutlich, daß die Welt weniger friedlich denn je ist. Millionen Flüchtlinge in der ganzen Welt vermitteln eher das Bild einer zerrissenen Welt, einer anderen Welt als sie Bush, Kohl oder Mitterrand versprochen haben. Die Propaganda der Bourgeoisie erweist sich als Seifenblase, die schnell geplatzt ist. Um so größer sind

Parlamentswahlen in Italien

Obwohl Italien einen schlechten Ruf als politisch instabiles Land hat, gab es bisher eigentlich nur minimale Wählerwanderungen. Deshalb wurde das jüngste Wahlergebnis als „Erdbeben“ bezeichnet.

Unfähig, etwas konkretes anzubieten, hatten die Christdemokraten (DC) seit Jahrzehnten eine politisch rückständige Schicht der Bevölkerung besonders im Süden und in ländlichen Gebieten durch die Angst vor der „roten Gefahr“ bei der Stange gehalten. Nach dem Zusammenbruch des Stalinismus und der Aufgabe der „kommunistischen“ Traditionen durch die Führung der Kommunistischen Partei (PCI) stand die DC nackt da. Ihr Stimmenanteil rutschte zum ersten Mal von 34,3% auf knapp unter 30%. Damit beginnt eine neue Ära der Instabilität im Lande.

Nicht daß die anderen etablierten Parteien diese Wähler entschieden angezogen hätten. Auch in Italien hielt sich erstmals ein Drittel der Wähler bis zum Wahltag distanziert zu allen Parteien. Kein Wunder, wenn der Hauptnutznießer dieser ablehnenden Haltung die neueste Partei, die regionalistische Lega Nord, war. Die schoß landesweit von 0,7% auf 8,7% und wurde mit 17,3% zur zweitstärksten Partei im Norden Italiens.

Die Verdrossenheit mit der PSI machte ein bürgerlicher Auslandskorrespondent deutlich: „Die Sozialisten sind gleich defensiv wie die DC gewesen und haben sich entlarvt, kaum mehr mit dem Sozialismus zu tun, sondern die Machterhaltung zu ihrem einzigen Ziel gemacht zu haben.“

Wie in Spanien, Griechenland und Frankreich haben die Karrierepolitiker der PSI die volle Umarmung der Marktwirtschaft ernst genommen und



Anhänger der Lega Nord feiern ihren Wahlerfolg in Mailand

machen das, was in der Marktwirtschaft normal ist – sich bereichern. Das Ergebnis ist Korruption. Mario Chiesa aus Mailand, wo die PSI seit Jahren mitregiert, wurde deswegen verhaftet. Statt den angestrebten höheren Anteil zu erreichen, fiel die PSI auf 13,6% und in Mailand sackte sie sogar von 18,6% auf 13,2% ab.

Auch die Hauptpartei der Arbeiterklasse verlor. Seit einem Jahr verkauft sich die reformistische Führung der Kommunistischen Partei mit dem neuen Etikett „Partei der Demokratischen Linken“ (PDS) als ganz modern und anpassungsfähig.

Wie weit nach Rechts diese Führung sich bewegt hat, zeigte der PCI-Bürgermeister von Bologna, der einfach den Namen „Die Demokraten“ befürwortete, denn „jetzt sind wir eine Partei wie

die Demokraten in den USA.“ Der Erfolg dieser opportunistischen Rechtswende war ein Rückgang von 27% 1987 auf 16%.

Der linke Flügel, der eine neue Partei, „Rifondazione Comunista“, gründete, gewann 5,6% bei der Unterhauswahl und 6,5% für den Senat und wurde damit die Fünftgrößte der 16 Parteien im Parlament. 60% der ehemaligen PCI-Wähler haben die PDS gewählt, 22% die RC. In einigen Gebieten gewann sie 9 bis 10%. Ihr gutes Abschneiden kam für alle überraschend.

In Kalabrien versteckte sich die PDS in einer Koalition mit den Grünen und den Republikanern. Das Bündnis brachte es fertig, nicht einmal die Hälfte der 30,5% zu erreichen, die die PCI 1987 allein bekam. Hier gewann die RC 10,6%.

die Enttäuschung, die Unsicherheit und die Wut in der Arbeiterklasse, die Betrogenen zu sein. „Wem soll man schon noch glauben ...“ ist die vorherrschende Stimmung.

Wahlerfolge der faschistischen Parteien – eine Warnung für die Arbeiterbewegung

Der jahrelange Frust hat unerschwerlich eine stetige Radikalisierung erzeugt, die jetzt in den Wahlen offen zum Ausdruck kam: in erster Linie in Form von Stimmen gegen die etablierten Parteien. Die rechtsextremen und faschistischen Organisationen waren die Hauptnutznießer der Nachfrage nach radikaleren Lösungen, da es keine linken Alternativen gab. Mit Hetze gegen Ausländer und das angebliche Zuwandererproblem wurden die aus der Unsicherheit entstandenen Ängste ausgeschlachtet.

Schützenhilfe bekamen sie von den staatstragenden Parteien, den bürgerlichen wie auch den sozialdemokratischen: um von der Verantwortung der herrschenden Unternehmerklasse für die sozialen Probleme abzulenken, wurden Ausländer und Asylanten als Sündenböcke abgestempelt. Damit „beschleunigten“ die etablierten Parteien den Faschisten praktisch, daß sie mit ihren Behauptungen Recht hätten und trieben ihnen die Wähler in die Arme. Die Erfolge der Rechten haben Millionen schockiert und Angst über einen allgemeinen Rechtsruck in Europa aufkommen lassen.

Ist es tatsächlich so? Natürlich ist jeder Faschist in einem Parlament einer zu viel und stellt eine ernste Warnung an die Arbeiterklasse dar. Aber die Protestwahlen haben nicht, wie es bei einseitiger Betrachtung aussieht, einen Rechtsruck in der Gesellschaft zum Ausdruck gebracht, sondern eine allgemeine Radikalisierung, die zu Lasten der bürgerlichen und der nach rechts gegangenen sozialdemokratischen Parteien ging. Rückständigere Schichten waren für die faschistischen Parteien zu mobilisieren, aber auf der anderen Seite bekamen auch vermeintlich linke Alternativen wie die Grünen in Belgien oder Frankreich einen großen Stimmenzuwachs.

Alarmierend ist der schlechte Zustand der Arbeiterparteien und der Rechtsruck ihrer heutigen Führer, der ihre Wahlniederlagen und den Aufstieg

der Rechtsextremen erst ermöglicht hat.

Das Aufkommen von Nationalismus und Rassismus wurde von einem großen Teil der Arbeiterklasse, besonders der Jugend, abgelehnt und mit Widerstand und Massendemonstrationen beantwortet. In Belgien, Schweden, Italien, Frankreich und Holland gingen Hunderttausende auf die Straße – was in der hiesigen Presse leider weitgehend verschwiegen wurde. Allein am 22. April demonstrierten 100.000 in Brüssel und 80.000 in Amsterdam gegen Rassismus. Eine bezogen auf die Gesamtbevölkerung gleich große Demonstration würde in Deutschland 800.000 bzw. 420.000 Teilnehmer zählen – das gab es zuletzt Anfang der 80er Jahre auf dem Höhepunkt der Friedensbewegung.

Auch in Deutschland gingen nicht weniger als 100.000 Menschen am 9.11.1991 gegen Rassismus und Ausländerhetze auf die Straße. Wenn diese Protestbewegungen überall von den Arbeiterparteien aufgegriffen und ausgeweitet worden wäre, dann wäre den faschistischen Organisationen das Rückgrad gebrochen worden. Blindheit auf dem linken Auge scheint aber leider das Markenzeichen der heutigen Führer der Sozialdemokratie zu sein, die solche Bewegungen ignorieren, zugleich aber nach Wahlniederlagen weiter nach rechts gehen und sogar offene Koalitionen mit den Bürgerlichen suchen.

Arbeiterorganisationen sozialistisch erneuern

In den letzten Jahren haben die sozialistischen Parteiführungen und Regierungsvertreter Streiks in Frankreich, sogar Generalstreiks in Spanien und Griechenland ausgesessen und sich nicht vom Rechtskurs abbringen lassen. Damit wird verständlich, daß viele Jugendliche und Aktivisten der Arbeiterbewegung Zweifel haben, ob diese Organisationen jemals wieder zu Kampfinstrumenten der Arbeiterklasse werden können. In Frankreich und besonders in Italien haben verärgerte Arbeiter zeitweise vorbei an der Gewerkschaftsführung mit Hilfe selbst geschaffener Basiskomitees Streiks organisiert, weil die Gewerkschaftsspitze dazu einfach nicht zu bewegen war.

Warum konnten sich die Arbeiter-„Führer“ dies alles erlauben, und warum sollte es in Zukunft anders sein? Durch den Aufschwung der 80er Jahre

hatten sie volles Vertrauen darin, daß die Marktwirtschaft das Kind schon schaukeln würde, selbst wenn dabei eine Minderheit auf der Strecke bleibt. Ein paar Zugeständnisse an Teile der Arbeiterklasse im Rahmen der „Sozialpartnerschaft“ verschafften ihnen etwas Luft, sie schienen Recht zu behalten. So gerieten sie in den letzten Jahren nie unter großen Druck der Arbeiterklasse und wenn, dann nur sporadisch, so daß sie ruhig Kurs halten konnten.

Diese Zeiten sind für die kommenden Jahre vorbei. Die EG-Länder hatten noch 1990/91 von dem Exportboom nach Deutschland durch die staatlich finanzierte Konsumnachfrage in Ostdeutschland stark profitiert. Jetzt nimmt ihnen die deutsche Bourgeoisie durch ihre Hochzinspolitik die Möglichkeit, durch Leitzinssenkungen zu versuchen, die Wirtschaft anzukurbeln. Die Unternehmer werden sich in der Krise nicht mehr damit begnügen, nur Teile der Arbeiterklasse anzugreifen, sondern von allen Opfer fordern. Die heutigen Führer der Arbeiterbewegung werden sich entscheiden müssen, entweder für jedes auch noch so kleine Zugeständnis zu kämpfen, oder mit leeren Händen dazustehen und das Feld zu räumen, um Platz für eine kämpferischere Führung zu machen.

Die Arbeitnehmer und die Jugend werden unter großen Angriffen der Kapitalisten einige Illusionen verlieren müssen und erkennen, daß der Weg des geringsten Widerstandes nicht ausreicht, um sich erfolgreich zu wehren. Sie werden erkennen, daß sporadischer Protest, Demonstrationen oder Streiks nicht ausreichen, um die Mißstände der kapitalistischen Gesellschaft zu beseitigen. Die Erfahrung wird zeigen, wie trügerisch die Hoffnung war, durch Wahlenthaltungen oder Proteststimmen für die Grünen die mächtigen sozialdemokratischen Parteien nach links bewegen zu wollen.

Im Zuge der oben beschriebenen Entwicklungen werden die Arbeiter und die Jugendlichen beginnen, den scheinbar schwierigeren, aber richtigen Weg einzuschlagen, die Massenorganisationen für sich in Besitz zu nehmen und sie umzukrempeln. Dabei werden marxistische Ideen stärkeren Einfluß gewinnen. Sie sind letztlich die Grundlage für den erfolgreichen Kampf bis hin zum Sturz des Kapitalismus sein.

Gaëtan Kayitare, Aachen
SPD-Mitglied

Kinnock machte es möglich: Vierter Wahlsieg der Konservativen

Nach 13 Jahren konservativer Regierung war die Führung der britischen Labour Party unfähig, die Wahlen zu gewinnen. Ihre rechte Politik ist für diese Niederlage verantwortlich.

Neil Kinnock hat die Partei seit neun Jahren immer weiter nach rechts gedrückt. Die sozialistischen Prinzipien wurden über Bord geworfen und die Linke sogar aus der Partei ausgeschlossen. Labour distanzierte sich von den Armen, den Arbeitern und ihren Gewerkschaften, um die Partei hoffähig zu machen und von der rechten Presse akzeptiert zu werden. Am Ende konnten die Wähler kaum einen Unterschied zwischen den Parteien feststellen.

Selbst Paddy Ashdown, Führer der Liberal-Demokraten, bemerkte spöttisch: „Wir sind sehr enttäuscht, daß Labour ein Tory-Wahlprogramm geschrieben hat!“ Kinnock's message war, daß Labour den Kapitalismus besser verwalten könne als die Tories. Da wählten die meisten lieber das Original als die Kopie!

Neun Jahre lang haben Kinnock und die Rechten jeden Kampf der Parteibasis und der Gewerkschaften gebremst oder sogar frontal angegriffen, um die Partei salonfähig und „wählbar“ zu machen. Alles wurde geopfert „bis nach dem Wahlsieg“. Kinnock's gesamte Strategie war eine Fata Morgana: Zwei Wahlniederlagen nacheinander. Jetzt ist Kinnock zurückgetreten. Und was bleibt übrig? Eine demoralisierte, dezimierte Partei und weitere Tory-Angriffe auf die Gewerkschaften, die Arbeitslosen, die Ausgebeuteten.

Wenn der Schock dieser Niederlage vorbei ist, wird weiter gekämpft werden – gegen Entlassungen, Privatisierung, Kürzungen und für Autonomie in Schottland. Denn jetzt ist klar: Es gibt keine Alternative.

Rechtsruck?

Die deutsche Presse stellt das Wahlergebnis dar, als seien die Briten von Natur aus konservativ und als hätten die Tories alles im Griff. Wie oberflächlich!

Der Tory-Stimmanteil ist bei 42% geblieben. Labour hat von 27,6% 1983 auf 35% zugelegt, die Liberal-Demokraten sind von 25,4% auf 18% abgesunken. Es gibt keine Begeisterung für die Tories. Diese Wahl war mehr denn je eine Anti-Wahl. Ein Tory-Abgeordneter gab zu: „Wir bieten den Wählern eine negative Sicherheit an: Es wäre noch schlimmer unter Labour.“ Ein Kollege ergänzte: „Leute geben uns Pünktchen, weil wir weniger untauglich als Labour sind.“ Nicht gerade ein solides Fundament für fünf weitere Jahre im Amt.

Wie überall in Europa wurden die Wähler von den etablierten Parteien zunehmend entfremdet. Ein Drittel der Wählerschaft war während des Wahlkampfes unentschieden. Allein in der ersten Woche wechselten sieben Millionen ihre Wahlabsicht und noch in der letzten Woche waren zehn Millionen unüberzeugt. Vor 30 Jahren erklärten über 50% der Wähler für die eine oder andere Partei ihre „starke Unterstützung“, jetzt sind es weniger als 20%.

In Wirklichkeit sind die Mitglieder aller Parteien enttäuscht und demoralisiert. Eine Organisatorin der Tories in Schottland erzählte, wie die Mitglieder ferngeblieben sind: „Diesmal haben sie einfach keine Lust. Wir haben nicht genug Leute für Hausbesuche, wir schicken nur Flugblätter per Post.“ Ein Journalist sagte: „Sie haben die Schnauze voll von ihrer eigenen Partei.“

Bei Meinungsumfragen lagen die Tories während des ganzen Wahlkampfes hinten, aber ohne eine klare, sozialistische Alternative konnte Labour die Unzufriedenen nicht gewinnen. Das ICM Institut für Meinungsforschung analysiert das Ergebnis so: „Eine relativ

kleine Zahl von Leuten spazierte in die Wahllokale und wählte ohne Begeisterung Tory.“

Lehren für die SPD

1. Da die Labour-Führung die Logik der Marktwirtschaft total akzeptiert und eine sozialistische Wirtschaftspolitik völlig ausschließt, wären ihre minimalen sozialen Reformen nur durch Steuererhöhungen möglich. Ab einem Jahreseinkommen von 56.000 DM hätten die Steuerzahler mehr opfern müssen. Statt das Geld von den Millionären und Konzernen zu holen, sollten die Facharbeiter, Lehrer, sprich: die Mittelschichten ausgepreßt werden. 48% der Facharbeiter und Jugendlichen waren überzeugt, daß es ihnen unter einer Labour-Regierung schlechter gehen würde.

Die SPD fordert eine „Ergänzungsabgabe“ für alle mit einem Jahreseinkommen von 60.000 DM und mehr...

2. Die Amerikanisierung des Wahlkampfes bedeutete, daß die Labour Party sich weiter von ihren Stammwählern entfernte. Die gemäßigtere Politik der Labour-Führung und die undemokratischen Angriffe auf linke Ortsvereine und Kandidaten haben Hunderttausende von Parteimitgliedern vertrieben. In den meisten Wahlkreisbüros gab es PCs, Faxgeräte und transportable Telefone, aber kein Fußvolk, kaum traditionelle Hausbesuche und Veranstaltungen. Kinnock glaubte, er brauche keine Basis, sondern nur Werbung und Fernsehspots.

Politischer Inhalt war „out“, die lächelnden Gesichter der Parteichefs „in“. Das Wort „Sozialismus“ durfte im Programm nicht vorkommen. Weil ein linkes Image nicht ins schöne Bild paßte, wurde verheimlicht, daß einige Labour-Kandidaten sich an der Kampagne für atomare Abrüstung (CND) beteiligten. Und am Ende dieses „Präsidentschaftswahlkampfes“ befürworteten nach Umfragen 35% John Major, 39% Paddy Ashdown und miserable 16% unseren Neil. Nach dem Wahldesaster bestätigte der Direktor der Tory-Presseabteilung, was die meisten in der Labour Party ständig erklärt hatten: „Die Rolle von Werbung ist überbetont. Man gewinnt eine Wahl, wenn die Leute meinen, eine Partei hat die richtige Politik. Die Labour Party verlor, weil sie den PR-Leuten glaubte, daß diese den Politikern das Ruder aus der Hand nehmen könnten.“

Schottischer Nationalismus

Wahlen sind nicht alles. Es gibt andere Wege zu kämpfen. Jetzt haben die Schotten zum vierten Mal überwiegend die Labour Party gewählt, bekommen aber eine Tory-Regierung. 77% wählten Parteien, die entweder Autonomie oder Unabhängigkeit versprechen.

Wären die letzten drei Jahre durch die gesetzbrechende Anti-Poll Tax-Bewegung geprägt, wird nun eine Bewegung von Demos, inoffiziellen Volksabstimmungen, eventuell Streiks und Herausforderungen an die Staatsmacht über Schottland rollen, um ein eigenes Parlament zu erkämpfen.

Marxisten unterstützen die Forderung nach Autonomie, warnen aber vor den Gefahren des Nationalismus. Wenn die Labour Party und die Gewerkschaftsführung nicht den Kampf für Autonomie unterstützen und mit einer Kampagne gegen die Tories, für die Einheit der schottischen und englischen Arbeiterklasse und für ein sozialistisches Britannien verbinden, wird die Schottische Nationalpartei die Führung übernehmen. Es droht dann die nationalistische Spaltung der britischen Arbeiterklasse.

Brent Kennedy, Köln
SPD-Mitglied
(Zur Wahl siehe auch Seite 9)

Kommunalwahlen in Frankreich

Die Regionalwahlen im März offenbarten, wie bankrott die Politik der sozialistischen Regierung geworden ist und besicherten ihr eine katastrophale Wahlniederlage. Der Stimmenanteil für die PS (Sozialistische Partei) sank gegenüber den letzten Wahlen 1986 von 30% auf 18%. Zwölf Jahre pro-kapitalistischer Politik reduzierten ihren Einfluß in den Departements auf einen Tiefstand: Die PS stellt nur noch 20 Departements-Regierungen gegenüber 43 im Jahr 1979.

Die beiden großen bürgerlichen Parteien RPR und UDF konnten kaum von den Verlusten der Sozialisten profitieren; sie verloren zusammen fast 7%. Nutznießer war neben den Grünen vor allem Le Pen's Front National (FN). Beide erzielten im ersten Wahlgang jeweils ca. 14%. Das Abschneiden der Grünen, die als links angesehen werden, macht deutlich, daß trotz der erschreckend hohen Stimmenzahl für die faschistische FN kein einseitiger Rechtsruck in der Gesellschaft stattgefunden hat. Mit 14% ist die Front National noch unter dem Ergebnis von der Präsidentschaftswahl 1988 geblieben. Die 7% für die FN im zweiten Wahlgang der Departementswahlen eine Woche später zeigen, wie schwankend ihre Wählerbasis ist.

Wenn ein massiver Rechtsruck stattgefunden hat, dann in der Führung der sozialistischen Partei, die anscheinend jeglichen Kontakt zu Arbeitnehmern und Jugendlichen verloren hat. Anfang



Faschistenführer Le Pen in Marseille

Januar demonstrierten 100.000 in Paris und mehrere Tausend in anderen Städten gegen die FN und zugleich auch gegen die Unternehmerpolitik der Regierung. Dies hätte eine Warnung und ein Hinweis sein sollen, wie die FN zu stoppen sein könnte.

Die sozialistische Partei muß die Protestbewegung aber gründlich mißverstanden haben, sonst hätte sie nicht versucht, mit Unternehmern wie Bernard Tapie die Front National zu stoppen – ein Versuch, der gründlich danebenging. Tapie landete abgeschlagen hinter der Front National, wurde aber jetzt für seine Bemühungen mit einem Ministerposten in der neuen Regierung belohnt!

Nach der Wahlniederlage war der Rücktritt der Regierung Cresson unausweichlich geworden. Laut Umfrage wurde die Ablösung von Madame Cresson von 61% der Bevölkerung gefordert. Mit Pierre Bérégovoy als ihrem Nachfolger ist aber tatsächlich der Bock zum Gärtner gemacht worden. Er war als Superminister für Finanzen und Wirtschaft verantwortlich für die Kürzungspolitik und die hohe Arbeitslosigkeit, wofür die Regierung Cresson so verhaßt war. Die Unternehmer mögen sich jetzt die Hände reiben, die Arbeiterklasse wird nichts zu lachen haben. Mit der neuen Regierung wird der Niedergang der sozialistischen Partei nicht aufzuhalten sein.

Freiheit für Kurdistan!

Nach der Abwahl des bis dahin regierenden Ministerpräsidenten Özal und seiner „Mutterlandspartei“ im Oktober letzten Jahres wurde hierzulande der Eindruck erweckt, daß die Türkei nun nicht mehr die Menschenrechte mit Füßen treten würde.

Die neue Koalitionsregierung aus der konservativen DVP und der sozialdemokratischen SHP unter Ministerpräsident Demirel trat mit einer Reihe von Versprechungen an.

So sollte das „Anti-Terror-Gesetz“ nach demokratischen Grundsätzen überarbeitet werden. Ein „Staatsminister für Menschenrechte“ (ohne jegliche Kompetenzen) wurde eingesetzt.

Am 21. März, dem kurdischen Neujahrsfest Newroz, scheint der neue Minister wohl in Urlaub gewesen zu sein. Am Newroz halten die Kurden Gedenkfeiern ab und versammeln sich zu Trauerzügen zu Ehren der von türkischen Sicherheitskräften getöteten Landsleute. Dabei wird auch die Forderung nach einem unabhängigen kurdischen Staat laut.

Angst vor dem Militär erst gar nicht in die Krankenhäuser gebracht. Es werden auch weiterhin Bombenangriffe auf kurdische Städte und Dörfer geflogen, „weil sich dort Stellungen der PKK befinden“, so die türkische Regierung.

Man könne Mücken nicht einzeln töten, man müsse ihr Nest austrüchern, hat der „Demokrat“ Demirel bezüglich der PKK gesagt. Sein Vorgänger als Ministerpräsident und amtierender Staatspräsident Turgut Özal sagte Anfang 1992: „Wir werden die Kurdenfrage noch in diesem Jahr endgültig lösen – wenn es sein muß wie Saddam Hus-

sein.“ Für die türkische Regierung ist jeder Kurde, auch die Frauen und Kinder, die am Newroz teilnahmen, ein „PKK-Terrorist“. Ein Volk von 30 Millionen Terroristen?

Die jüngsten Ereignisse in der Türkei sind jedoch nur ein Glied in der Kette aus 2000 Jahren Unterdrückung. In diesen 2000 Jahren wurde das kurdische Volk immer wieder zum Spielball von Machtinteressen im Nahen Osten.

Nach dem ersten Weltkrieg teilten die imperialistischen Mächte das Gebiet des zusammengebrochenen osmanischen Reiches neu auf. Grenzen wurden mit dem Lineal gezogen. Im Vertrag von Sevres wurde ein absolutes Diktat der Siegermächte „ausgehandelt“.

Um gegen dieses Diktat anzukämpfen, versprach Kemal Atatürk, der Gründer der heutigen Türkei, den Kurden die Autonomie, wenn sie an der Seite der Türken kämpfen würden. Nachdem die Türken England und Frankreich vertrieben hatten, einigten sie sich mit genau diesen Westmächten. Die Briten verleibten sich die kurdischen Erdölregionen Kirkuk und Mosul in ihr Mandatsgebiet Irak ein. Im Vertrag von Lausanne wurden 1923 die heute noch gültigen Grenzen vereinbart und das Gebiet Kurdistans auf die Türkei, den Irak, den Iran, Syrien und Armenien verteilt. Die kurdischen Gebiete sind Randgebiete dieser Staaten, blieben wirtschaftlich unterentwickelt, mit einer von größtenteils bäuerlichen, von Großgrundbesitzern beherrschten Bevölkerung.

Widerstand der Kurden

Mit brutalsten Mitteln wurden die Kurden besonders in der Türkei unterdrückt. Der kurdische Widerstand erreichte in den Jahren von 1937 bis '38 seinen Höhepunkt. Da die Aufstände national begrenzt waren und nur die egoistischen Interessen einzelner Fürstentümer vertraten, endeten sie in blutigen Niederlagen. Hunderttausende von Kurden wurden bei den folgenden Völkermorden massakriert.

Die zweite Aufstandswelle unter Mustafa Barzani fand von 1961 bis 1975 im Irak statt. Dieser Aufstand wurde vom Iran und den USA unterstützt. Ziel war nicht die Befreiung Kurdistans, sondern die Bekämpfung des Irak.

Auf der Konferenz von Algier 1975 einigten sich Irak und Iran. Draufhin ließen der Iran und die USA die Kurden gnadenlos im Stich und der Irak nahm mit Napalmbomben Rache. 300.000 Kurden flohen nach Iran.

Wert von 6,1 Milliarden Mark. Zusätzlich wurden 1991 Waffen und Munition im Wert von 1,5 Milliarden Mark geliefert.

Staatspräsident Özal und Ministerpräsident Demirel versicherten, die Waffen würden nicht gegen das eigene Volk eingesetzt, sondern „lediglich“ gegen die PKK (verbotene kurdische Arbeiterpartei). Diese Zusicherung beruhigte Genscher und Konsorten, die gar nichts gegen Angriffe auf PKK-Lager haben. Davon abgesehen dürfte auch den Herren und Damen in Bonn bekannt sein, daß Folterungen, Verschleppungen und selbst Erschießungen auf offener Straße in der Türkei an der Tagesordnung sind. Hätten sie ein wirkliches Interesse am Schicksal des kurdischen Volkes, müßte man fragen, warum sie nicht schon 1988 gegen die Vergasung von tausenden Kurden durch das irakische Militär protestiert haben. Die plötzliche Empörung über die Kurdenverfolgung ist pure Heuchelei.

Es sind vielmehr wirtschaftliche und politische Interessenskonflikte, die das Verhältnis zwischen der Türkei und Deutschland belasten. Die Türkei bemüht sich seit Jahren um eine Vollmitgliedschaft in der EG. Ein Beitritt der Türkei würde sich jedoch für die jetzigen EG-Länder nicht lohnen – im Gegenteil, sie würden wirtschaftlich geschwächt. Außerdem entfielen damit der Visazwang der Türken innerhalb Europas.



1980 leisteten die Kurden erneut Widerstand gegen den Irak, unterstützt von Khomeini. Saddam Hussein ließ mit seiner Antwort nicht lange auf sich warten: 5000 kurdische Dörfer wurden mit (deutschem) Giftgas angegriffen. Nach dem mit NATO-Hilfe durchgeführten Militärputsch in der Türkei 1980 verschärfte sich auch dort die Lage für die Kurden.

In der Geschichte der kurdischen Aufstände hatten die Regimes der unterdrückenden Länder immer ihre Marionetten unter den Führern des kurdischen Widerstandes. Je nach der Interessenslage wurde der Kampf der Kurden entweder unterstützt oder verraten.

Die Rolle der PKK

1978 wurde die maoistische PKK von Abdullah Öcalan gegründet, der sie heute noch führt. Seit 1984 steht die PKK an der Spitze des Aufstandes der Kurden in der Türkei. Viele Kurden setzen ihre Hoffnung in den bewaffneten Kampf der PKK.

Marxisten unterstützen die Forderung nach einem unabhängigen Kurdistan. Aber ein kurdischer Staat auf kapitalistischer Grundlage könnte wirtschaftlich kaum existieren und würde sofort in die Abhängigkeit der anderen Staaten kommen.

Die PKK führt den nationalen Befreiungskampf zusammen mit den kurdischen Feudalherren und Großgrundbesitzern – was zum Beispiel die Erfüllung der weitergehenden Forderung

Die wichtigste Ursache für die Streitigkeiten ist jedoch darin zu sehen, daß es um eine Neuaufteilung der Welt und um die Vorherrschaft im Nahen und Mittleren Osten geht. Der Irak wurde durch den Golfkrieg weit zurückgeworfen – militärisch und wirtschaftlich. Wieder zu Kräften gekommen ist der Iran. Er rüstet stark auf und ist ebenso wie die Türkei am Ausbau seines Einflusses auf die südlichen Republiken der ehemaligen Sowjetunion interessiert.

Verteilungskampf

Auch Deutschland und Rußland möchten ein Stück vom Kuchen abhaben. Es geht schließlich um eine Menge Rohstoffe, so auch um Öl. Allen bereits eine Nasenlänge voraus ist die Türkei, die massiv politisch und militärisch vom NATO-Partner USA unterstützt wird. Die USA möchten über die Türkei die Lage im Nahen Osten kontrollieren.

Die Herrschenden in Ankara werden zunehmend selbstbewußter. Sie haben die Autonomie Aserbaidschans bereits anerkannt. Sie wollen damit Aserbaidschan nicht nur gegen den Erzfeind Armenien unterstützen, sondern erhoffen sich darüber auch ein Sprungbrett zu den hinteren Sowjetrepubliken mit dem Endziel eines großtürkischen Reiches. Denn 49% der Bevölkerung in den GUS-Staaten außerhalb Rußlands und der Ukraine gehö-

der Kleinbauern und Landarbeiter nach eigenem Land unmöglich macht. Sie tritt zwar in ihrem Programm für ein sozialistisches Kurdistan ein, ihr unmittelbares Ziel ist jedoch die Schaffung eines unabhängigen Kurdistans auf feudalistisch-kapitalistischer Grundlage, bevor dann die sozialen Fragen gelöst werden sollen.

Die PKK kann zwar die bitter notwendige Selbstverteidigung der kurdischen Bevölkerung organisieren, hat jedoch keine wirkliche Perspektive für den Kampf anzubieten, da der türkische Staatsapparat rein militärisch nicht besiegt werden kann. Der ebenfalls von der PKK eingesetzte individuelle Terror stößt im günstigsten Fall auf Verständnis in Teilen der türkischen Arbeiterklasse. Eher jedoch werden die Arbeiter anderer Nationalitäten dadurch entfremdet und so günstige Gelegenheiten für den türkischen Staat geschaffen, unter dem Vorwand der „Terrorismusbekämpfung“ den Krieg gegen die Kurden politisch zu rechtfertigen.

Voraussetzung für den Sieg ist der gemeinsame Kampf von kurdischen, türkischen, syrischen, iranischen und irakischen Arbeitern und Bauern, um die diktatorischen Regimes zu stürzen und jeder Unterdrückung ein Ende zu machen. Ein unabhängiges Kurdistan hätte nur als Teil einer Föderation sozialistischer Staaten des mittleren und nahen Ostens eine Zukunft.

Marcus Kourdji, Kassel
Jungsozialist

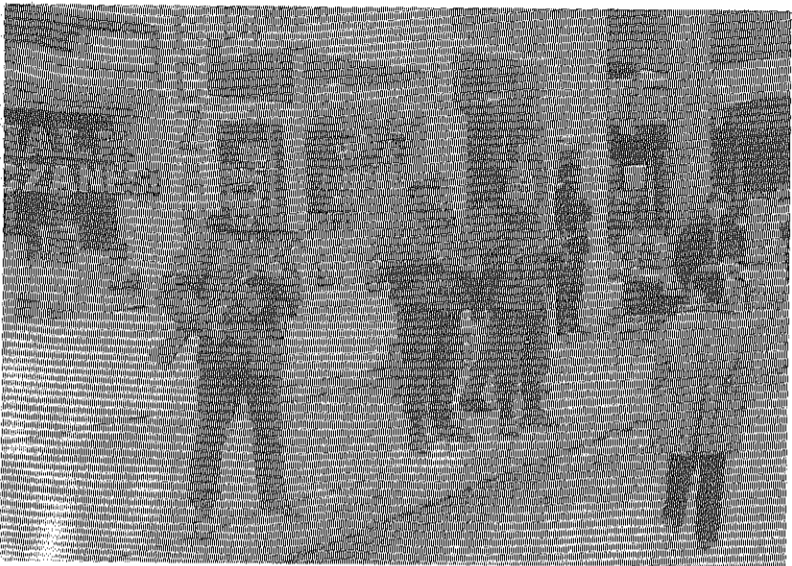
ren zu den mit den Türken verwandten Turkvölkern. Addiert man die im Iran, in Afghanistan, China und auf dem Balkan lebenden Türkischstämmigen hinzu, kommt man weltweit auf etwa 130 Millionen Menschen.

Weiterhin besitzt die Türkei mit dem vor kurzem vollendeten Atatürk-Staudamm gegenüber Syrien und dem Irak eine bedeutende wirtschaftliche Waffe. Gespeist wird der Staudamm durch den Euphrat, der seinen Weg durch die eben genannten Länder fortsetzt, bevor er in den Persischen Golf mündet. Wenn Anatolien den Hahn zudreht, bedeutet das für Syrien und den Irak riesige Ausfälle in der Energieversorgung und bei der Bewässerung der Felder.

Auch Griechenland und Bulgarien machen sich zunehmend Sorgen. In Athen und Sofia fürchtet man, daß die Türkei über kurz oder lang Territorialansprüche für die dort lebenden türkischen Minderheiten stellt.

In der nächsten Zeit wird es also unweigerlich zu erneuten Spannungen im Nahen und Mittleren Osten kommen. Neue Kriege drohen, solange der rücksichtslose Kampf der verschiedenen herrschenden Cliquen um wirtschaftliche Vorteile nicht durch die gemeinsame Gegenwehr der Ausbeuteten und Unterdrückten aller Länder beendet wird.

Ingo Neumann, Kassel
Jungsozialist



Türkische Soldaten in Kurdistan

„Dies ist kein Fest, dies ist ein Aufstand“, schrieb die konservative Zeitung „Milliyet“ am 22. März. Die Regierung reagierte entsprechend: In Cizre und Sinak fuhren Panzer gegen unbewaffnete Menschen auf. Soldaten eröffneten das Feuer auf wehrlose Demonstranten. Tränengasgranaten wurden aus Hubschraubern abgeworfen. Es gab standrechtliche Erschießungen. Über die Städte Simak, Cizre, Van und Nusaybin wurde eine Ausgangssperre verhängt. Die türkische Regierung gesteht 60 Tote ein, die Kurden reden von bis zu 400 Opfern. Die Zahl könnte noch höher sein, denn hunderte von Verletzten werden in den Krankenhäusern nicht behandelt. Viele werden aus-

sein!“ Für die türkische Regierung ist jeder Kurde, auch die Frauen und Kinder, die am Newroz teilnahmen, ein „PKK-Terrorist“. Ein Volk von 30 Millionen Terroristen?

Geschichte der kurdischen Unterdrückung

Die Ursache für das Anwachsen der PKK (Arbeiterpartei Kurdistans) von einer relativ unbedeutenden Gruppierung zur Hauptkraft des kurdischen Widerstands ist die brutale Unterdrückung, der die Kurden in der Türkei ausgeliefert sind. Seit Jahrhunderten wird den Kurden das Recht auf eine eigene kulturelle Identität versagt. Bis

Verteidigungsminister Stoltenberg versuchte noch, den Schwarzen Peter seinen unteren Schergen in die Schuhe zu schieben. Doch selbst seine treuesten Parteikumpanen sahen sich nicht in der Lage, ihn nach dem illegalen U-Bootgeschäft mit Südafrika und den als Mährescher getarnten Panzer für Israel noch einmal aus der Patsche zu helfen.

Über das Waffenembargo zeigte sich die türkische Regierung empört und warf Deutschland „Heuchelei und Großmachtsucht“ vor. Sie drängte auf eine Einhaltung der Lieferverträge, ansonsten würde sie die 1,7 Millionen in Deutschland lebenden Türken auffordern, ihre Einlagen von 28 Milliarden Mark aus den deutschen Banken abzuziehen.

Pure Heuchelei!

Daß die Bundesrepublik sich plötzlich um die Einhaltung der Menschenrechte in der Türkei sorgt, erscheint ein wenig unglaubwürdig, da sie seit Jahrzehnten den Völkermord in Kurdistan politisch und militärisch unterstützt. Seit 1964 erhielt die Türkei von der BRD „NATO-Verteidigungshilfen“ im

Konflikt Deutschland/Türkei Streit um Menschenrecht?

Die blutige Unterdrückung der Kurden scheint die deutsche Regierung zu Tränen gerührt zu haben. Sie entdeckte ihr Herz für die Kurden und opferte sogar einen Verteidigungsminister zu Ehren der Menschenrechte.

Das Thema wäre schnell wieder unter den Teppich gekehrt worden, hätte das türkische Militär bei den Angriffen im Südosten der Türkei nicht ausgemusterte deutsche Waffen (u.a. aus NVA-Beständen) gegen die eigene Bevölkerung eingesetzt. Daß in der Türkei die Kurden verfolgt werden, ist nicht neu. Die Bundesregierung zeigte sich aber erst entsetzt, als sie durch den öffentlichen Druck dazu gezwungen wurde.

Neben einem allgemeinen Appell an die türkische Regierung, die Menschenrechte einzuhalten, stoppte die Bundesregierung die Auslieferung der letzten 19 von 150 Leopard 1-Panzern. Als diese dann trotz gegenteiligen Votum des Bundestages vom Verteidigungsminister bei den Rüstungsbetrieben Krauss Maffei und MAK für den Umbau in Auftrag gegeben wurden, war die Grenze des öffentlich Vertretbaren erreicht.

US-Imperialismus

Falschspieler als Weltpolizist

Wieder einmal sind die USA an der Spitze eines „Kreuzzuges für die Gerechtigkeit“: sie wollen Libyen per UNO-Sanktionen zwingen, die beiden mutmaßlichen Attentäter von Lockerbie auszuliefern und den Opfern Entschädigung zu zahlen.

Nach dem Krieg gegen den Irak ist dies ein weiterer Versuch, unter dem Deckmantel einer UNO-„Polizeiaktion“ gegen ein Land vorzugehen, daß den freien Zugriff auf Rohstoffquellen behindern könnte, und der ex-kolonialen Welt zu zeigen, wie die „neue Weltordnung“ aussieht.

Das US-Magazin „Time“ behauptete Ende April unter Berufung auf einen FBI-Bericht, daß gar nicht Gaddafi oder die beiden Libyer, sondern ein syri-

scher Rauschgifthändler hinter dem Anschlag steckten. Und der Anwalt der Fluggesellschaft Pan-Am wirft der amerikanischen Regierung vor, daß der tödliche Koffer unter den Augen des CIA in dem Flugzeug deponiert wurde (Bericht in der „tageszeitung“ vom 22.4.). Es wäre nicht das erste Mal, daß der „Weltpolizist“ beim Falschspielen erpapt wird:

Einige Tage vor dem Angriff der alliierten Streitkräfte auf den Irak ging die Meldung über den angeblichen Mord an kuwaitischen Babys durch irakische Soldaten um die Welt. Sie sollen Brutkästen aus Krankenhäusern entfernt und dabei die Kinder umgebracht haben. Inzwischen ist bewiesen, daß dies eine pure Propagandalüge war, inszeniert vom US-Werbeunternehmen „Hill and Knowlton“ im Auftrag der kuwai-

tischen Regierung. Zunächst wurde untersucht, was bei den US-amerikanischen Bürgern den größten Abscheu erregt: Babymord. Dann hat man „Zeugen“ geschult, unter anderem die Tochter des kuwaitischen Botschafters, deren Identität bei der Anhörung vor dem Ausschuss des US-Kongresses nicht geprüft wurde – man hat sie für ein Flüchtlingskind gehalten (oder halten wollen?). Dem Bericht des Fernsehmagazins „Monitor“ zufolge war einer der Vizepräsidenten der Werbefirma einst Büroleiter von George Bush...

Die Folgen der „Befreiung Kuwaits“ (= Rückkehr der Diktatur der Sabah-Familie) wurden offenbar gezielt vertuscht. So warf eine Angestellte der US-Behörde für Bevölkerungsstatistik ihren Vorgesetzten vor, sie hätten die tatsächliche Zahl der irakischen Opfer aus politischen Gründen geheimhalten wollen. Bei vorsichtiger Schätzung seien 158.000 Menschen – darunter 38.000 Kinder – in Folge des Krieges gestorben. Die veröffentlichten Zahlen lagen um zehn Prozent niedriger.

Auch die amerikanische Justiz hilft mit, die dunklen Geschäfte von CIA und Militär zu decken. Anfang April wurde der ehemalige CIA-Agent (320.000 Dollar Jahresgehalt) und Diktator von Panama, Manuel Noriega, von einem amerikanischen Gericht des Rauschgifthandels für schuldig befunden. Richter Hoeveler bügelte jeden Versuch der Verteidigung ab, auf die Rolle der früheren Arbeitgeber Noriegas Bezug zu nehmen.

Die Jury erfuhr nichts von den beiden Treffen zwischen George Bush und Noriega in den Jahren 1976 und 1983, oder von den Kontakten zwischen Noriega und US-Agenten, die den Waffenschub für die nicaraguanischen Kontras organisierten. Alles was zählte, waren die Aussagen von Groß-Dealern, von denen einige sogar ihre reichlichen Einkünfte aus Drogengeschäften behalten durften. „Undank ist der Welt Lohn“ wird sich Noriega denken, denn schließlich verurteilt ihn jetzt jene Weltmacht zu vielleicht lebenslangem Gefängnis, der er einst so bereitwillig Landepisten und Geldwaschanlagen für ihre Kokainflüge zur Verfügung gestellt hatte.

Großbritannien

Wahlerfolge für Marxisten

Im krassen Gegensatz zur kläglich gescheiterten Strategie der Führung der Labour Party stehen die guten Ergebnisse der in drei Wahlkreisen aufgestellten marxistischen Kandidaten – ein positives Signal für die Zukunft.

In Coventry-Südost und Liverpool-Broadgreen stellten die Labour-Ortsvereine ihre Parlamentsabgeordneten wieder als Kandidaten auf, obwohl der Labour-Führer Kinnock sie bürokratisch ausgeschlossen hatte (siehe Bericht in Voran Nr. 140). Es war nicht ihr Hauptziel, die meisten Stimmen zu

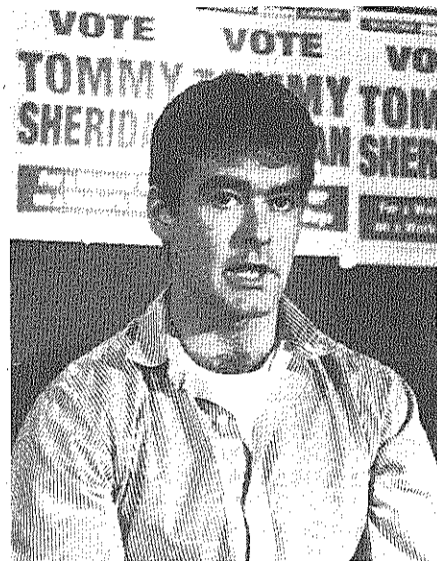
abwählen zu können, denn am Wahlvorabend sagten die Meinungsumfragen landesweit ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen Labour und den Tories voraus.

Immerhin erreichte Terry Fields in Broadgreen mit 6.000 Stimmen 14%. In Coventry-Südost wählten 10.551 Menschen Dave Nellist, das entspricht 29%. Der Tory-Kandidat bekam 10.591 Stimmen, der „offizielle“ Labour-Kandidat 11.902 Stimmen. Addiert man die Stimmen für die Kandidaten der Arbeiterbewegung, ergibt sich gegenüber den Wahlen von 1988 ein Anstieg von 48,6% auf 57,4% in Broadgreen bzw. von 47% auf 61,5% in Coventry-Südost. Das macht deutlich, daß es eine Schicht von Wählern gibt, die durch eine entschlossene Alternative für Labour mobilisiert werden kann. Das muß das Ziel bei der nächsten Wahl sein. Es kann aber nur dann erreicht werden, wenn sich die Labour Party sozialistisch erneuert.

In Glasgow-Pollock kandidierte der populäre Vorsitzende der Anti-Poll-Tax-Föderation, Tommy Sheridan, für Scottish Militant Labour (SML). Sein Ziel war es, die Bewegung der Jugend zur schottischen Nationalpartei durch ein radikales Programm zu blockieren und für die Wiederherstellung von Demokratie in der Labour Party zu kämpfen. Obwohl er den Wahlkampf von seiner Gefängniszelle aus führen mußte (Er wurde wegen erfolgreicher Arbeit gegen die Kopfsteuer für sechs Monate inhaftiert), erhielt er enorme Aufmerksamkeit durch die Medien. Er beteiligte sich per Telefon (über Lautsprecher für alle hörbar) an einer Demo und bei einer Kundgebung wurde eine Video-Aufnahme aus seiner Zelle gezeigt.

170 Leute in Pollock sind SML beigetreten. Die SNP (Scottish Nationalist Party) konnte dort anders als im Rest von Schottland nichts aufbauen. SML gewann 6.000 Stimmen (19%), die SNP 5.000 (15%) – ihr schlechtestes Ergebnis in West-Schottland. Labours Stimmenzahl ging von 23.000 (1988) auf 14.170 zurück.

Brent Kennedy, Köln
SPD-Mitglied



Tommy Sheridan, Kandidat der SML bei einer Pressekonferenz im Gefängnis

sammeln, sondern die Tradition von Demokratie in der Arbeiterbewegung zu verteidigen und eine Bewegung für den Sozialismus aufzubauen.

Jeder Haushalt wurde persönlich besucht. Mehrere tausend Leute hingen Plakate in ihre Fenster. Veranstaltungen an Straßenecken und vor Betriebsstoren ermöglichten einen echten Dialog mit den Wählern. Teams von Arbeitslosen, Gewerkschaftern und Betriebsräten wurden mobilisiert. Für die Arbeiterbewegung wurden neue Aktivisten gewonnen. Am Wahltag selbst entschieden viele Leute, doch die „offiziellen“ Labour-Kandidaten zu wählen, in der Hoffnung, dadurch die Tory-Regierung

Österreich

Sozialisten ausgeschlossen!

Am 19.03.92 wurden fünf Mitglieder aus der Sozialistischen Jugend Wien/Österreich (SJ) ausgeschlossen. Ihnen wurde „organisationsschädigendes Verhalten“ vorgeworfen. Wenn man sich die Situation der SJ in Österreich allerdings ansieht, wird schnell klar, wer der SJ schadet und wer nicht.

Alle fünf Ausgeschlossenen waren in der SJ aktiv, haben Gruppen und Bezirksorganisationen aufgebaut. Alle Fünf sind Unterstützer der marxistischen Zeitung Vorwärts. Die Bezirksorganisationen, die von Vorwärts-Unterstützern aufgebaut wurden, gehören zu den stärksten und aktivsten in ganz Österreich. Sie sind bekannt für ihre offensive Außenarbeit (wöchentliche Infotische im Zentrum von Wien) und ihre erfolgreiche Initiative zur Gründung des Wiener Antifa-Komitees (siehe Bericht in VORAN Nr. 139).

Gleichzeitig mit den Ausschlüssen wurden vier Wiener Bezirksorganisationen aufgelöst und allen Mitgliedern dieser Bezirke (über 200) Heimverbot für ihre Gruppenlokale erteilt. Diese vier Bezirke bzw. sechs Gruppen stehen voll hinter den Ausgeschlossenen. Trotz Verbot werden alle Gruppen weitergeführt und neue Mitglieder für die SJ gewonnen (auch wenn der Sekretär der SJ-Wien das für einen „Skandal“ hält).

Worum es bei diesen Attacken geht, ist klar. Die Führung der SJ versucht, marxistische Ideen und vor allem jene Mitglieder loszuwerden, die diese Ideen auch umsetzen wollen. Und dazu scheint jedes Mittel recht. Die Diskussion mit Vertretern der Bundesländer dauerte nur zwei Stunden. Es wurde eine beispiellose Kampagne mit Lügen, Unterstellungen und Einschüchterungsversuchen gegen uns gestartet. Die Ausschlüsse waren undemokratisch und statutenwidrig.

Der Vorsitzende der SJ Österreich, Winkler, hat Pläne für die Zukunft der SJ. Die „traditionelle“ Gruppenarbeit ist nicht mehr zeitgemäß, stattdessen sollen Großveranstaltungen und Projekte das Bild der SJ prägen. Klassenkampf ist nicht mehr angesagt, stattdessen hält man nun den Beitritt zur kapitalistischen EG für unterstützens-

wert. Diese Bestrebungen führen klar in eine bestimmte Richtung. Die SJ soll von einer kritischen Jugendorganisation zu einer angepassten Serviceorganisation umgewandelt werden. Diese hätte dann zwar keine kritischen Mitglieder mehr, dafür aber gutbezahlte Funktionäre.

Die Unterstützer von Vorwärts treten gegen eine solche Zerschlagung der SJ und gegen die endgültige Verwischung der Ziele auf. In den aufgelösten Bezirken konnten viele Jugendliche politisiert und von sozialistischen Ideen überzeugt werden.

Bei der Wiener Landeskonferenz am 28.3.92 kandidierten erstmals auch Vorwärts-Unterstützer für den Vorsitz, den Sekretär, den Vorstand und die Kontrolle. Und zwei Wochen vor der Wahl werden vier dieser Kandidaten ausgeschlossen. Zufall?

Aber die bisherigen Maßnahmen sind noch nicht genug. Die SJ-Führung Wien möchte am liebsten jeden loswerden, der mit Vorwärts zu tun hat. Wofür wird man uns in Zukunft ausschließen? Für's Artikelschreiben, Zeitung verkaufen, oder wenn man dieselben Ideen wie Vorwärts vertritt?

Jenen, die uns ausgeschlossen haben, geht es nicht um eine starke SJ. Die Bezirksorganisationen sind (offiziell) noch immer aufgelöst, es scheint als versuche man, diese Bezirke inaktiv werden zu lassen – was nicht gelingen wird!

In den letzten Wochen haben wir soviel Solidarität und Unterstützung erhalten wie nie zuvor. Zwei der stärksten österreichischen SJ-Landesorganisationen (Niederösterreich und Oberösterreich) haben sich gegen die Ausschlüsse ausgesprochen. Auf einer Solidaritätsveranstaltung wurden über 5000 ÖS (etwa 720 DM) gespendet und wir haben bereits mehrere hundert Unterschriften gegen die Attacken gesammelt. In unsere (aufgelösten) Gruppen kommen laufend neue Jugendliche. Die SJ ist zu schade, um sie jenen zu überlassen, die uns ausgeschlossen haben. Vorwärts-Unterstützer und linke SJler werden weiterhin für eine sozialistische SJ kämpfen!

Sonja Grusch, Wien,
aus der Sozialistischen Jugend
Österreichs ausgeschlossen



Südafrika

Kampf dem Inkatha-Terror

Philemon Mauku, ein ANC-Aktivist aus dem schwarzen Township Alexandra in Johannesburg, wurde am 13. April vor Gericht gestellt. Ihm droht die Verurteilung zu 10 Jahren Gefängnis für den Besitz von Feuerwaffen.

Philemon, stellvertretender Vorsitzender des Wohnheim-Komitees der öffentlichen Organisationen von Alexandra, bekam Waffen, um sein Wohngebiet gegen die Todesschwadronen der Inkatha-Organisation von Häuptling Buthelezi zu verteidigen.

Die Übergriffe Inkathas sind furchtbar: zwei ANC-Mitglieder wurden mit brennenden Autoreifen um den Hals umgebracht, zwei Stunden nach der Unterzeichnung eines Waffenstillstandes zwischen Inkatha und ANC; Hekenschützen schossen aus den Fenstern ihres Wohnheims auf Passanten; in Alexandras Stadtteil Mayekiso wurde geplündert und vergewaltigt. Im Gebiet von Johannesburg gab es im März 83 Tote in sieben Tagen. Zehn weitere Menschen starben am ersten April.

Am 14. März versuchte Inkatha zum zweiten Mal, ein Begräbnis in Alexandra durchzuführen. Der erste Versuch mußte abgebrochen werden, als Kräfte des ANC ihnen auflauerten und sie in die Flucht schlugen.

Inkatha war darauf aus, eine blutige Schlacht zu provozieren. Es gibt sogar einen Streit darum, ob der Sarg den Toten enthielt (Es muß ziemlich unangenehm gewesen sein: er war inzwischen seit drei Wochen tot!). Und es gab keinen Grund, das Begräbnis in Alexandra

stattfinden zu lassen, da der Tote nicht von hier stammte.

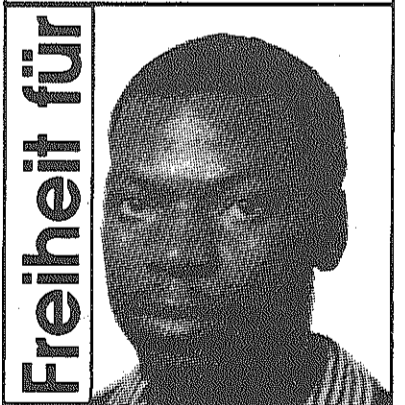
Das Township wurde zum Notstandsgebiet erklärt und es gab einen großen Polizeiaufmarsch. Es scheint, daß Buthelezi und der Staat nicht die Kontrolle über diese Gangster haben, von der sie ausgingen. Als Inkatha sich weigerte, unbewaffnet weiterzugehen, eröffnete die Polizei das Feuer auf sie – ein bisher einmaliges Ereignis. Sie mußten das Begräbnis wieder abbrechen.

Inkatha zeigt immer offener ihren konterrevolutionären Charakter. Im Vorfeld des Referendums, bei dem nur Weiße abstimmen durften, kündigte der Inkatha-Sekretär von Transvaal einen Pakt mit der faschistischen „Afrikaner Widerstandsbewegung“ (AWB) an. Obwohl Buthelezi das später zurückwies, hatte er doch selbst die Unterstützung der rassistischen „Nein“-Kampagne der Konservativen Partei in Betracht gezogen.

Daher wurde der rassistische Staatsapparat dazu gezwungen, gegen seine Inkatha-Söldner anzugehen. Sie bringen jetzt den Präsidenten De Klerk in Verlegenheit, der versucht, die ANCFührer zur Annahme seiner betrügerischen Verhandlungslösung zu bewegen.

Am 30. März brachen Kämpfe zwischen der Polizei und Inkatha-Kämpfern in einem Wohnheim in Soweto aus. Der wahrscheinliche Grund ist, daß die örtliche Bevölkerung kurz davor war, Inkatha aus ihrer Festung herauszuwerfen. Der Staat sah sich gezwungen, die „Ordnung wiederherzustellen“, so-

Philemon Mauku



Freiheit für

gar wenn er dabei in Konflikt mit seinen eigenen gemieteten Killern kommen würde. Am gleichen Tag verhaftete die Polizei einen Mann, der von Einwohnern Alexandras beschuldigt wurde, ein Inkatha-Mörder zu sein.

In dieser Situation wäre es der Gipfel der Ungerechtigkeit, wenn das Regime einen Kämpfer wie Philemon Mauku einsperren würde, dessen einziges Verbrechen darin bestand, sein Volk vor diesen bezahlten Gangstern zu schützen.

Von Unterstützern der marxistischen Zeitung Congress Militant, Johannesburg

Protestschreiben an: Südafrikanische Botschaft, Auf der Hostert 3, 5300 Bonn (Der in der letzten Ausgabe angekündigte Hintergrundartikel zu Südafrika erscheint in der Juni-Ausgabe)

Leserbriefe

Schreibt uns Eure Meinung, Erlebnisse, und und und

Massenverhaftung bei CDU-Veranstaltung

In Stuttgart ist es zur Tradition geworden, bei großen CDU-Kundgebungen, die vor Wahlen abgehalten werden, seinen Unmut gegenüber der Kohl-Regierung zu äußern.

Dieser Gegenaktion schlossen wir Jusos uns wieder an, nach dem Motto: "Zeigt Kohl die Rote Karte". Außer uns waren viele SchülerInnen, RentnerInnen und Linke anderer Gruppierungen anwesend, die mit uns gemeinsam Kohl, Teufel und andere CDU-"Größen" auspufften, Transparente in die Luft hielten und Flugblätter verteilten. Just als Kohl in seiner Rede auf die DDR, Bautzen und die STASI einging und unsere sogenannte Freiheitliche Demokratische Grundordnung lobte, wurden wir eingekesselt und mit Gewalt in eine kleine Nebenstraße getrieben. Dort legte man uns Handschellen an und wir wurden in ein Polizeirevier gefahren, das eher an ein STASI-Gefängnis erinnerte. Hier wurden wir erst durchsucht und fotografiert und dann ohne Begründung und die uns zustehenden Rechte, z. B. Telefonieren mit AnwältInnen und Angehörigen, festgehalten. Wie wir feststellten, hatte die Polizei 22 GegendemonstrantInnen festgenommen. Einige waren verletzt und es wurden sogar unbeteiligte Passanten festgehalten, die aus Versehen in den Kes-

sel getrieben wurden. Insgesamt wurden wir fünf Stunden festgehalten, danach ließen sie uns gehen, ohne in einem Protokoll Aussagen aufzunehmen. Am Tor begrüßten uns jede Menge Genossen, Freunde und Sympathisanten, die mit uns dann die Freilassung feierten.
Oliver Fleig, Stuttgart

Verkehrschao in den Städten

Wieviel Menschenopfer muß es auf Dauer auf Deutschlands Straßen bedingt durch den völlig überlasteten Straßenverkehr eigentlich noch geben, bis der Bürger endlich anfängt umzudenken? Wann endlich werden die Innenstädte frei sein vom privaten Autoverkehr? Den Städten droht doch inzwischen der absolute Verkehrskollaps. Kinder wie auch Erwachsene schweben täglich in Lebensgefahr durch das aggressive Fahrverhalten der Autofahrer. Fahrradwege sind nicht ausreichend vorhanden, so daß Radfahrer keine andere Möglichkeit haben, als sich auf der Straße in die Gefahr zu begeben. Der kürzliche Unfall in der Nähe der Hauptpost in Aachen hat bewiesen, daß es so nicht weitergeht. Ein zehnjähriger Junge geriet unter die Reifen eines Lastkraftwagens, nachdem er auf einen Pkw aufgefahren und unglücklich gestürzt war. Manch einer scheint selbst davon unbeeindruckt.

Als Demonstranten zwei Tage danach an der Unglücksstelle eine Kette bildeten, um den Verkehr bei jeder dritten Grünphase am Weiterfahren zu hindern, beschwerten sich Autofahrer und riefen nach freier Fahrt. Jeder Mensch sollte sich darüber im Klaren sein, daß auch die eigenen Kinder überfahren werden können.

Der Autoindustrie muß jetzt Einhalt geboten werden. Nicht jede Person braucht in der Stadt einen fahrbaren Untersatz, da es öffentliche Verkehrsmittel gibt. Mehr Busspuren müssen eingerichtet werden und mehr Busse eingesetzt werden. Das Auto hat meiner Meinung nach keine Zukunft. Es stellt eine große Gefahr dar, eine Gefährdung für Mensch und Umwelt.

Ich persönlich habe mein Auto längst abgeschafft und kann nicht sagen, daß es mir in irgend einer Weise fehlt, da ich sehr gut mit Bus, Bahn und Taxi mein Ziel erreichen kann. Ganz abgesehen davon fallen die erheblichen Kosten weg, die der Besitz einer solchen Blechkarosse verursacht.

Die geldgierigen Geschäftsleute, die sowieso nie genug kriegen können, beklagen sich über ein drohendes Wegbleiben von Kunden, die wegen der autofreien Innenstadt am Samstag fernbleiben könnten. Abgesehen davon, ob das überhaupt stimmt, frage ich mich, was den Geschäftsleuten einfällt. Die nehmen Leichen genauso leichtfertig hin wie die Autoindustrie, der es egal ist, wieviele Menschen täglich im Verkehr ums Leben kommen.

Jürgen Seehardt, Aachen

ihr da oben . . .

Befindlichkeit

"Leute, wie die Ostdeutschen, die in einem atheistischen Staat großgeworden sind, haben noch nicht die nötige Befindlichkeit, um über ungeborenes Leben mitzureden." meinte neulich die christdemokratische Familienministerin Hannelore Rönsch.

Rechtsstaat BRD

Die Ausländerbehörde in Osnabrück hat die Abschiebung einer Türkin beschlossen. Der Grund: sie hatte die für die Aufenthaltserlaubnis für nachgezogene Ehefrauen erforderlichen drei Jahre „ehelicher Gemeinschaft“ mit ihrem Ehemann nicht durchgehalten. Sie verließ ihn nach zweieinhalb Jahren, weil er sie und ihre zwei Kinder regelmäßig mißhandelt hatte, und fand Zuflucht in einem Osnabrücker Frauenhaus. Dies war für die Behörde der Anlaß, ihr die Aufenthaltserlaubnis zu entziehen.

Völlig legal natürlich: Das niedersächsische Verwaltungsgericht hat diese Entscheidung inzwischen bestätigt.

Negative Preise

Wieviele Leute dürfen normalerweise für „negative Preise“ einkaufen? Genau: Keiner. Jedenfalls keiner von uns. Unternehmer zahlen bisweilen schon „negative Preise“, und zwar dann, wenn sie in der Ex-DDR eine Fabrik kaufen wollen. In Kürze, so die Meinung der Treuhandanstalt, „sien auch negative Preise, also eine Zuzahlung der Treuhandanstalt, in Kauf zu nehmen.“ (Stuttgarter Zeitung vom 19.3.92).

„Birne One“

Nach dem Vorbild der „Air Force One“ des amerikanischen Präsidenten will Bundeskanzler Kohl sich demnächst zwei Großraumflugzeuge vom Typ Airbus A340 anschaffen, Stückpreis 250 bis 350 Millionen Mark. Die darin enthaltenen Extras für 68 Millionen Mark je Maschine sollten die Reisen des Kanzlers angenehmer gestalten: zusätzliche Schlafkabinen, eine separate „Kohl-Zone“ sowie First-Class-Sitze im ganzen Flugzeug.

Volksnah

Schluß mit dem Vorurteil, daß die Bundestagsabgeordneten völlig abgehoben vom einfachen Volk seien. In einem am 1. April vorgestellten „Parlamentarischen Schimpf- und



Schmutzlexikon“ wird eine Auswahl von Kraftwörtern dokumentiert, die wiederum die Legende von der „Würde des Parlaments“ zerstört. Die Volksvertreter bezeichneten sich unter anderem gegenseitig als:

Amokläufer, Anarchist, Armleuchter, Arschloch, Bauernkiller, Berufsrandalierer, Bombenleger, Chefzügler, Denunziant, Depp, Dinosaurier, Drecksau, Ehrabschneider, Ekel, Erpressungsminister, Fälscher, Fatzke, feiger Hund, Folterer, Friedhofsredner, Frühstückverleumder, Galgenkandidat, Gangster, Gartenzwerg, Giftmudel, Großinquisitor, Hanswurst, Hebammenkiller, Hilsabgeordneter, Irrer, Idiot, Knallfrosch, Leichenflederer, Lüstlinge, Massenmörder, Mini-Goebbels, Mörderbande, Naziflegel, NS-Schulungsredner, Parasit, Petersilien-Guru, Quatschkopf, Radaubruder, Ratte, Sauhaufen, Sautall, Schleimer, Schwachkopf, Stinktier, Terrorist, Totengräber, Verbrecher, Volksverhetzer, Wrack, Wühlratte, Zuhälter.



. . . . wir hier unten

Jetzt schnell bestellen!

Bestellungen bitte gegen Vorkasse zuzüglich 2,- DM Porto und Verpackung an die Redaktion (kann in Briefmarken beigelegt werden).

Stalinismus - Zusammenbruch und Perspektiven

Osteuropa befindet sich im Umbruch. Die Broschüre enthält Thesen aus marxistischer Sicht zu den Ursachen sowie der weiteren Entwicklung. Format A5, 36 Seiten, 3,- DM.

Marxistische Hefte Nr. 2

Themen: Jugoslawien, PDS (PCD) in Italien, KP Australien, Sowjetunion, Trotzki-Rede zu Volksfront Frankreich 1936. Format A4, 28 Seiten, 3,50 DM

Bedruckte T-Shirts

„Gebt Nazis keine Chance“ oder „Rosa Luxemburg“, in M, L und XL. 15,- DM (+ 4,- Versandkosten bei Einzelbestellung)

Buttons

- * Profitverzicht statt Lohnopfer
- * Gemeinsam kämpfen verbindet (Gegenmotto zum DGB)
- * 100% und Arbeit für Alle
- * Gleicher Lohn in Ost und West
- * Treuhand unter Arbeiterkontrolle

Preis 2,- DM, ab 10 Stück 1,50 DM

Kampffonds

Stoppt die große Koalition gegen unseren Lohn!

Finanzminister Waigel kündigt eine „knallharte“ Sparpolitik für die nächsten Jahre an. Der SPD-Vorsitzende redet von einer Politik, die viel „Schweiß und Tränen“ mit sich bringen soll und die er zusammen mit der Regierung durchführen will, um die Staatsfinanzen zu sanieren.

Gleichzeitig wollen die Unternehmer eine drastische Kürzung der Reallohne durchsetzen. Die Folgen des durch die Einführung der Marktwirtschaft verursachten Zusammenbruchs im Osten und der weltweiten Wirtschaftsschwäche sollen von uns bezahlt werden. Diesem Angriff wollen wir entschlossen begegnen.

Doch zur Finanzierung unserer Zeitung sind wir auf die Unterstützung durch Spenden und die Kampffondsaktivitäten der VORAN-Unterstützer angewiesen. Mit Hilfe der Zeitung, unserem Faltblatt „Gegen Lohnverzicht und faule Kompromisse“ und den neuen Buttons könnt Ihr nicht nur die Propaganda der Arbeitgeber bekämpfen, sondern gleichzeitig mithelfen, VORAN als sozialistische Kraft in der Arbeiterbewegung zu finanzieren.

VORAN-Unterstützer aus Aachen verkauften für 355 DM Buttons und nahmen 148 DM durch den Verkauf von Zeitungen zum Solidaritätspreis ein. Sven Hilbert, Student aus Frankfurt spendete 100 DM. Ein Infostand bei einer IG Metall-Kundgebung in

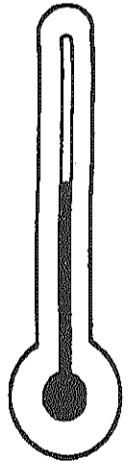
Stuttgart brachte 128 DM. Das erste Quartal haben wir mit 9176 DM abgeschlossen, was 52,4% vom Ziel entspricht.

Für das Quartal April bis Juni haben wir ein Ziel von 13.500 DM. Jetzt in der Tarifrunde gibt es gute Möglichkeiten für Infostände, Teilnahme an Kundgebungen, Veranstaltungen etc. - bestellt rechtzeitig genügend Material!
Fiz Garvie, Redaktion

Ziel

17.500,-

1. Quartal 1992



9.176,-

Spendenkonto:

VORAN, Postgiraamt Essen
BLZ 360 100 43
Kto.-Nr. 2500 59-430

Aktuell zur Tarifrunde 1992:

VORAN-Infodienst

Argumente, Hintergründe, Fakten, Daten, Preis 1,50 DM

Faltblatt Gegen Neonazis und Ausländerhetzte!

Argumente gegen den Rassismus, Preis 1,-

Ich möchte

VORAN

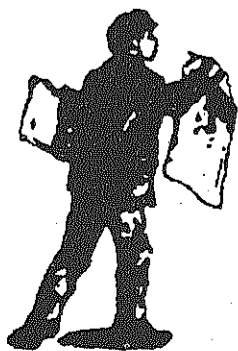
unterstützen und bitte um weitere Informationen

Name

Anschrift

Telefon

Bitte einsenden an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1, Telefon 02 21/13 45 04



Ich möchte

VORAN abonnieren, 10 Ausgaben zu 18,- DM

zusätzlich _____ Exemplare von jeder Ausgabe zum Weiterverkaufen (in Kommission - Bezahlung erfolgt nach Verkauf)

ein VORAN-Förderabo zu DM _____ beziehen (ab 30,- DM)

NEU: ein VORAN-„Schnupperabo“, 3 Ausgaben zu 5,- DM

Name, Anschrift, Telefon

Bitte Summe auf Spendenkonto überweisen (s. Kampffonds). Keine automatische Abo-Verlängerung.

Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften

Die brauchen wir um den Widerstand der Unternehmer und ihrer Regierung zu brechen. Sie beklagen Umsatzeinbrüche und sinkende Profite. Kein Zweifel - die Zeichen stehen auf Sturm. Wir sollen die Zeche für die Folgen der Einführung des Kapitalismus in der Ex-DDR und die kapitalistische Krise zahlen.

Die Gewerkschaften konnten in den letzten Jahren einen Teil der Angriffe der Kohl-Regierung und der Unternehmer abwehren. Wegen der Halbherzigkeit der Gewerkschaftsführungen konnten die Kapitalisten allerdings einige wichtige Veränderungen zu ihren Gunsten durchsetzen: z.B. den Abbau der Arbeitsplätze im Kohlebergbau, die Änderung des §116 Arbeitsförderungsgesetz, den Abbau des Jugendarbeitsschutzes, die Zunahme ungeschützter Arbeitsverhältnisse.

In den Tarifrunden der letzten Jahre stellten sich viele Gewerkschaftsmitglieder die Frage, ob ihre Spitzenfunktionäre überhaupt fähig und bereit waren, einen konsequenten Kampf zu führen und die Forderungen voll durchzusetzen. Die Beschlüsse der Tarifkommission fielen immer niedriger aus als die Forderungen vieler Gewerkschaftsuntergliederungen. Die Abschlüsse machten meist nur knapp die Hälfte der Forderungen aus. Viele Kollegen nahmen die Haltung ein: Das Ergebnis der Verhandlungen steht von vornherein fest, verhandelt wird nur zum Schein.

Die Härte, mit der die Arbeitgeber dieses Jahr in den Tarifrunden vorgehen, zeigt, daß natürlich das Ergebnis noch nicht feststeht. Im Arbeitskampf müssen die Gewerkschaftsmitglieder voll mobilisiert werden, um das Diktat der Arbeitgeber zu durchbrechen und die Forderungen vollständig durchzusetzen. Die Stärke dazu besitzen die Einzelgewerkschaften und der DGB. Entscheidend ist, ob dieses Potential von den derzeitigen Gewerkschaftsführungen auch voll eingesetzt wird.

Viele der heutigen Gewerkschaftsführer haben sich mit der bestehenden Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung angefreundet. Sie sehen keine Alternative zum Kapitalismus. Also unterwerfen sie sich auch den Sachzwängen des Systems. Wie sollen wir das diesjährige Motto des DGB-Bundesvorstandes zum 1. Mai, „Teilen verbindet“, denn sonst verstehen?

Wenn die Gehälter der hauptamtlichen Gewerkschaftsfunktionäre regel-

mäßig in den Gewerkschaftszeitungen veröffentlicht würden, könnten die Mitglieder feststellen, daß ihre Spitzenfunktionäre Gehälter erhalten, die mehrfach so hoch sind wie ihre eigenen. Bereits Gewerkschaftssekretäre in den Kreis- und Ortsverwaltungen erhalten oft das 1,5-2fache Gehalt der Mitglieder.

Dies läßt sich nicht allein mit ihrer Arbeitsbelastung und Überstunden rechtfertigen. Viele ehrenamtliche Gewerkschaftsfunktionäre opfern auch ihre Freizeit für die Gewerkschaftsarbeit. Damit die Hauptamtlichen die gleiche soziale Interessenlage haben wie die Mitglieder, dürfen sie nicht mehr verdienen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn.

In den anstehenden Auseinandersetzungen werden die Gewerkschaften und ihre bisherigen Führungen auf die Bewährungsprobe gestellt. Um die Erregenschaften der Vergangenheit zu verteidigen, werden Kämpfe nötig sein, die ohne Opfer nicht zu gewinnen sind. Gewerkschaftsführer, die selbst bereit sind, Opfer an Zeit und Geld aufzubringen, werden das vielfach verlorene Vertrauen der Mitglieder wiedergewinnen. Sie wären auch in der Lage, der Mitgliedschaft zu vermitteln, daß mit einer Haltung, die die Gewerkschaft als Versicherungsunternehmen sieht, in der Zukunft kein Blumentopf zu gewinnen ist.

Sitzungen von gewerkschaftlichen Gremien, wie z.B. Tarifkommissionen, müssen mitgliederöffentlich sein, damit wir wissen, wer wie abgestimmt hat. Die Mitglieder müssen ihre Funktionäre kontrollieren (nicht umgekehrt) und zur Rechenschaft ziehen können.

Für die meisten Bundes- oder Hauptvorstandsmitglieder der Gewerkschaften ist Sozialpartnerschaft die Regel, Klassenkampf die Ausnahme. Für die Masse der Gewerkschaftsmitglieder ist es umgekehrt: Klassenkampf von oben ist ihre alltägliche Erfahrung bei der Arbeit, von „Sozialpartnerschaft“ oft keine Spur (außer in Reden der Geschäftsleitung bei Betriebsversammlungen: „Unsere lieben Mitarbeiter...“). Viele Gewerkschaftshauptamtliche sind meilenweit von unseren Lebens- und Arbeitsbedingungen entfernt. Kennen sie noch unsere alltäglichen Nöte, Probleme, finanziellen Engpässe? Wie viele von ihnen haben sich bereits auf eine Karriere als Gewerkschaftsfunktionär auf Lebenszeit eingerichtet?

Jeder Apparat hat ein gewisses Streben nach Verselbständigung. Nicht

mehr das eigentliche Ziel: Vertretung und Durchsetzung der Mitgliedsinteressen, sondern die Erhaltung des Apparats steht im Vordergrund. Um diesem Streben entgegenzuwirken und den Apparat fest an die Mitgliedsinteressen zu binden ist die Wahl- und Abwählbarkeit aller hauptamtlichen Gewerkschaftsfunktionäre nötig.

In der IG Metall beispielsweise werden Bezirksleiter nicht von der Bezirks-

konferenz gewählt, sondern vom Hauptvorstand eingesetzt. In der ÖTV wird der Kreisgeschäftsführer vom Hauptvorstand (mit Vorschlagsrecht des Kreisvorstands) eingestellt, das heißt ernannt, und er ist allein Kraft seines Amtes (ohne Wahl) Mitglied im Kreisvorstand.

Kritische Funktionäre und Mitglieder dürfen nicht mundtot gemacht werden. Der ÖTV-Hauptvorstand ver-

suchte dies zuletzt, als er den bayrischen Gewerkschaftssekretär Michael Wendl wegen dessen Kritik an der Tarifpolitik des Hauptvorstands absetzen wollte. Dies wurde nur durch den Widerstand von großen Teilen der ÖTV-Basis verhindert. Inzwischen wurde Michael Wendl von der bayrischen ÖTV-Bezirkskonferenz zum stellvertretenden Bezirksvorsitzenden gewählt.

Um den Herausforderungen der nächsten Jahre begegnen zu können, müssen sich die Gewerkschaften der innerorganisatorischen Kritik stellen. Sie müssen die Diskussion darüber aufnehmen, welche Rolle nicht nur bei der Bekämpfung der Auswüchse des Kapitalismus spielen werden, sondern auch bei seiner Beseitigung durch eine sozialistische Umwälzung. Nur eine durch und durch demokratisierte Gewerkschaftsbewegung kann die Schlagkraft aufbringen, die in den Auseinandersetzungen der nächsten Jahre nötig sein wird.

Dieter Janßen, Stuttgart, SPD- und ÖTV-Mitglied im Krankenkpflegebereich



Druckindustrie Ost Ausbildungszentren erhalten!

Ein Beispiel dafür, wie positive „Altlasten“ kopflos kaputtgeschlagen werden, ist das Schicksal der Ausbildungszentren für Drucktechnik in den neuen Bundesländern. So wurde das Personal im graphischen Ausbildungszentrum in Berlin-Janowitzbrücke 1991 von 82 auf 36 Personen reduziert.

Von ursprünglich 11.000 Quadratmetern dürfen für die Ausbildung nur noch 2.500 genutzt werden. Selbst der Erhalt des Ausbildungszentrums ist von der Treuhand erst nach langem Hin und Her beschlossen worden. Die IG Medien hatte ein zukunftsträchtiges Modell für den Weiterbetrieb vorgeschlagen, daß allerdings nur eine Modernisierung im Satz- und Reproduktionsbereich vorsieht. Es gibt auch eine Zusage von der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg, bloß hatte die Sache bisher einen Haken: die Zusage ist nur dann rechtskräftig, wenn die Schule eine Mietgarantie von fünf Jahren geben kann. Das aber hing von der Entscheidung der Treuhand ab, die erst vor kurzem gefallen ist.

Das zeigt, daß es nicht reicht, nur Modelle vorzuschlagen. Die IG Medien hätte dieses Problem längst aufgreifen und entsprechenden Druck auf die Treuhand ausüben müssen. Unnütze Kompromisse sind tödlich - sie geben nur den Anschein von Schwäche und bieten bessere Angriffsmöglichkeiten für den Gegner. Die Erfahrungen mit den Betriebsbesetzungen in Hennigsdorf und Rostock zeigen, daß der Kampf sich in jedem Fall lohnt, weil man schon verloren hat, wenn man nicht kämpft. Natürlich dürfen Kämpfe nicht isoliert bleiben. Darum brauchen wir die Unterstützung der IG Medien und müssen auf ihre Führung Druck ausüben, damit sie den Kampf bei weiteren Angriffen auf unsere Ausbildung konsequent führt.

Während die Umschüler auch theoretisch im Ausbildungszentrum Berlin-Janowitzbrücke ausgebildet werden, werden die Lehrlinge dort fast nur noch praktisch ausgebildet. Die theoretische Ausbildung der meisten Lehrlinge findet in Berlin-Wittenau statt. Das hat den Nachteil, daß kein Kontakt zwischen den Lehrern und den Lehrmeistern in der Praxis besteht. Die IG

Medien müßte dieses Problem aufgreifen und für eine Verlegung der theoretischen Ausbildung ins Ausbildungszentrum eintreten.

Leider geht die Tendenz aber dahin, daß man die Theorie von der Praxis trennt. Das heißt, daß die Schulen der Kommune unterstehen (die meistens nur wenig Geld hat) und die Praxis in die Betriebe verlegt wird. Da das Ausbildungszentrum sich selbst finanzieren muß, sind die Lehrlinge seine „Haupteinnahmequelle“. Die dreijährige Ausbildung enthält ein zusätzliches Praktikum, die Lehrlinge werden in die Stammbetriebe geschickt und schaffen als billige Arbeitskräfte zusätzliches Geld für die Schule heran. Die praktische Ausbildung muß natürlich gesichert werden, aber nicht auf Kosten der Theorie.

Wie sieht nun die Praxis im Druckbereich des Ausbildungszentrums Janowitzbrücke aus? Weil zwei Drittel aller Lehrmeister entlassen wurden, sind im Druckbereich nur noch drei Lehrmeister an vier Maschinen tätig. Die Lehrlinge treten sich an den Maschinen fast tot - man sollte vielleicht Tribünen einrichten. Die IG Medien müßte die Forderung nach mehreren kleinen Maschinen, die von den Großunternehmen zur Verfügung gestellt werden müßten, aufgreifen. Auch wird mehr Werkzeug und Arbeitskleidung benötigt.

Beim Recherchieren fiel mir auf, daß viel Kollegen Angst vor der Darstellung der Probleme hatten. Kein Wunder: sie erleben tagtäglich die Sachzwänge dieses Systems. Es darf aber nicht sein, daß die Treuhand, der Arbeitsschutz oder die Handelskammer das Ausbildungszentrum wegen der Mängel schließen. Wir müssen die Probleme offen ansprechen, allen bekanntmachen und für ihre Beseitigung kämpfen. Die Ausbildungszentren müssen auf jeden Fall erhalten werden.

- Wir fordern:
- ★ Ausbildung raus aus Unternehmerhand
 - ★ Erhalt der alten und Aufbau von neuen Berufsbildungszentren, die die schulische und praktische Ausbildung zusammenfassen
 - ★ Zahlung einer Ausbildungsabgabe durch die Unternehmer zur Finanzierung der Ausbildungszentren und Schulen
 - ★ Verkleinerung der Klassen auf maximal 15 BerufsschülerInnen
 - ★ Annahme von Produktionsaufträgen nur, wenn es für die Ausbildung nötig ist
 - ★ Einstellung der fehlenden LehrmeisterInnen und LehrerInnen
 - ★ Mindestlehrlingsentgelt von 1300 DM ab 16 Jahren und 1800 DM ab 18 Jahren in Ost und West
 - ★ Erhalt der Lehrlingswohnheime
- Jens Lustig, Berlin
SPD- und IG Medien-Mitglied

Solidarität nach Unternehmerart

In letzter Zeit mußten wir uns von den Unternehmern und ihren Vertretern viel über Solidarität anhören. Was aber die Bosse unter Solidarität verstehen, scheint etwas anderes zu sein als das, was wir uns in der Arbeiterbewegung darunter vorstellen. Ein kleines Beispiel aus meinem Betrieb kann hier vielleicht als Hilfe dienen.

Wie in vielen Kölner Betrieben in letzter Zeit ist die Kurzarbeit auch bei uns aktuell geworden. Wir als Betriebsrat wurden gebeten, eine Betriebsvereinbarung darüber abzuschließen. Nach gewohntem Muster, das heißt „Wir müssen eigentlich (x) Mitarbeiter entlassen, wir werden aber nur die Hälfte entlassen und Kurzarbeit einführen“. Der Betriebsrat braucht keine großen geistigen Fähigkeiten zu besitzen, um sich die Konsequenzen einer Verweigerung der Betriebsvereinbarung vorzustellen.

Letzten Freitag war es dann soweit. Alle warteten auf die Betriebsinformationsversammlung um 11 Uhr. Um 9 Uhr zischte ein nagelneuer Zwei-Liter-Wagen an den Fenstern vorbei und parkte - das neue Dienstauto des Produktionsmanagers. Die Empörung der

Mitarbeiterinnen, die Kurzarbeit machen müssen, war verständlich.

In der Betriebsinformationsversammlung konnte der Betriebsratsvorsitzende diesen Vorfall nicht ohne Kommentar durchgehen lassen. Er meinte: „Für die Kolleginnen und Kollegen, die Kurzarbeit machen müssen, ist das ein finanzieller Verlust. Das ist ein Opfer für die Firma. Der Betriebsrat würde es in Zukunft begrüßen, wenn bei notwendigen Einsparungen und Kürzungen ein bißchen weiter oben angefangen würde, wo finanzielle Einbußen besser zu verkraften wären, wie zum Beispiel bei den Autos“.

Die Herren in den dunklen Anzügen wechselten innerhalb kürzester Zeit ihre Gesichtsfarbe, blieben aber dann bei einem dunklen Rot, das auf Wut und Empörung schließen ließ. Der Geschäftsleiter antwortete: „Diese Bemerkung gehörte überhaupt nicht hierhin“ (aber klar). Das Wort „Opfer“ akzeptierte er überhaupt nicht, sondern betrachtete es als Solidarität der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Kurzarbeit machen, gegenüber den Nichtgekündigten. Jetzt wissen, was die Unternehmer mit dem Wort „Solidarität“ meinen ...

Ein Betriebsrat aus Köln



Wahlen in Europa	Seiten 6 und 7
Kurdistan	Seite 8
Grenzenlose Schnüffelei	Seite 4
Tarifrunde	Seiten 1, 2 und 11

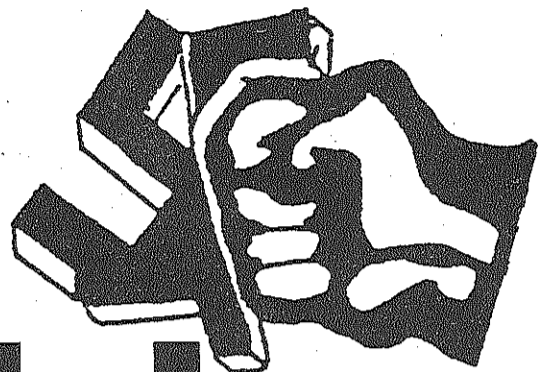
VORAN

Zeitung der Marxisten in SPD, Jusos und Gewerkschaften

Nr. 141 - Mai 1992

1,- DM - Solidaritätspreis: 2,- DM

Kein Fußbreit den neuen Nazis!



Bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg erzielten die faschistischen Parteien ihr bislang bestes Ergebnis und in Schleswig-Holstein erreichte die DVU immerhin 6,2 Prozent. Die SPD-Führung bietet sich seitdem noch offener für die Zusammenarbeit mit der Kohl-Regierung an und in Baden-Württemberg steuert sie auf eine Große Koalition mit der CDU zu.

In Baden-Württemberg kamen die Republikaner mit 10,9 Prozent auf ein zweistelliges Ergebnis und wurden drittstärkste Fraktion im neuen Landtag. Der Einzug in den Landtag gibt den Republikanern noch mehr Öffentlichkeit und eine neue Tribüne, ihre Hetze gegen ausländische Kollegen zu verbreiten. Außerdem bekommen sie für ihren Wahlkampf Staatsknete in Millionenhöhe.

Zum Teufel mit dem Späth-Kapitalismus

Das Minimum, was jeder Mensch erwarten kann, ist eine Wohnung, eine Arbeit und eine soziale Grundversicherung. Nicht mal diesen bescheidenen Ansprüchen kann der Späth-Kapitalismus in Baden-Württemberg am Anfang der 90er Jahre gerecht werden.

200.000 Wohnungen fehlen. In der reichsten Stadt, Stuttgart, starben letztes Jahr 27 Obdachlose auf der Straße. Im Mittleren Neckarraum kündigen Autokonzerne und Zulieferer, einer nach dem anderen, Entlassungen an: Bosch, Porsche, Mercedes. Heute ist das Ruhrgebiet dran, morgen die Südwestregion.

Die SPD erweckte im Wahlkampf den Eindruck, als wenn sie vor den brennenden Fragen die Augen verschließt. Ihr Motto: „Wieder ein Ministerpräsident, der was von Wirtschaft versteht.“ Außer Spöri und der SPD-Spitze war fast niemand im Land der Ansicht, daß der CDU-Vorgänger von Teufel, Lothar Späth, sehr viel von Wirtschaft versteht. Zur Zeit saniert er in Jena Ostdeutschland kaputt. Mit ihrem Wahlkampf biederte sich die SPD völlig den bürgerlichen Parteien an.

Nein zur Großen Koalition

Eine Große Koalition bringt der SPD gar nichts, außer ein paar Ministersesseln. 1966 ging die SPD zuerst in Bonn, dann in Baden-Württemberg in die Große Koalition. Damals warf der heutige Bundestagsabgeordnete Peter Conrad seiner Parteiführung vor: „Ihr seid so geil auf die Macht, daß ihr es gar nicht erwarten könnt, in das zerwühlte Bett mit Strauß und Springer zu kommen.“ 1968 zog die NPD mit 9,8 Prozent in den Landtag ein.

Stoppt die Reps!

Eine Große Koalition in Baden-Württemberg hätte zur Folge, daß die Republikaner weiter gestärkt würden. Leider scheint die SPD-Spitze dennoch zum „Pakt mit dem Teufel“ bereit zu sein.

Die Verhandlungsführung zwischen den Grünen und der CDU hat nochmal deutlich gemacht, daß von den Grünen nichts zu erwarten ist. Um so nötiger ist es, daß die SPD völlig umgekrempelt

wird. Statt auf die Landesregierung zu starren, wie die Parteispitze es tut, sollten wir unsere Aufmerksamkeit auf die heimliche Landesregierung, auf Daimler-Benz und die anderen Großkonzerne richten. Der Umsatz von Daimler ist größer als der gesamte Haushalt der Landesregierung.

Wir dürfen nicht hinnehmen, daß die Republikaner ihre ausländerfeindliche Propaganda auf öffentlichen Veranstaltungen, in den Medien oder im Landtag verbreiten. Die Stuttgarter Jungsozialisten werden am 10. Juni in der Landeshauptstadt eine Demo auf die Beine stellen. An diesem Tag wird der neue Landtag eröffnet, an diesem Tag ziehen die Republikaner zum ersten Mal in den Landtag ein.

★ Stoppt die Reps!

★ Mobilisierung gegen Nazi-Aufmärsche und -veranstaltungen und gegen die neuen Nazis im Landtag durch SPD und Gewerkschaften.

Aber Demonstrationen und auch die Verhinderung von Nazi-Aktivitäten allein reichen nicht. Eine politische Antwort auf Reps und DVU ist nötig. Dar-

um fordern wir eine sozialistische Oppositionspolitik von der SPD und den Kampf für Neuwahlen und eine SPD-Mehrheit:

★ Keine Große Koalition in Baden-Württemberg.

★ 35-Stunden-Woche und Rüstungskonversion statt Arbeitsplatzabbau.

★ Enteignung der Spekulanten und Wiederaufnahme vom sozialen Wohnungsbau, im Einklang mit der Umwelt.

Auf Bundesebene muß die SPD sofort ihre Zusammenarbeit mit der CDU/FDP-Regierung in der Asylfrage stoppen. Statt für Zuwanderungsbeschränkungen muß sie für ein Bleiberecht für alle nach Deutschland kommen Menschen kämpfen und klar machen, daß die Regierung und die Unternehmer Schuld an den sozialen Problemen sind, nicht Menschen die vor politischer Verfolgung, Krieg oder wirtschaftlicher Not fliehen.

Aron Amm, Stuttgart
Jungsozialist

Weiter zur Wahlanalyse: Seite 3

BW-Wahlen in Berlin am 27. Mai

SPD raus aus der Großen Koalition

Laut einer Umfrage des Forsa-Instituts wollen derzeit nur 57% der BerlinerInnen am 24. Mai „bestimmt“ die Bezirksvollversammlungen (BVV) wählen. Bei den Jugendlichen sind lediglich 39% bereit, ihre Stimme abzugeben. Droht auch in Berlin eine Niederlage der SPD und ein enormer Stimmengewinn der Rechts?

Jedenfalls spricht die Rotstiftpolitik des CDU-SPD Senats keineswegs dagegen. Zusammen mit den Tagelöhnern des Kapitals führte die SPD massive Angriffe gegen die Arbeitnehmer durch. Besonders der Bereich des öffentlichen Dienstes ist von der Sparpolitik betroffen. Man kürzt die Zuwen-

dungen für soziale Einrichtungen. Obwohl noch für über 25.000 Kinder ein Kindertagesstätten-Platz gesucht wird, sollen 1.500 ErzieherInnenstellen gestrichen werden. Diese Sparmaßnahme wird besonders auf Kosten alleinstehender Mütter und Väter gehen.

Für die Pflichtstundenerhöhung und massive Entlassungen bedankten 15.000 Lehrer und Schüler sich mit einem Streik und einer Großdemonstration. In den neuen Bundesländern wurden seit ihrem Bestehen 30.000 Lehrer entlassen, ein großer Teil davon in Ost-Berlin.

Bei rund 3 Millionen Einwohnern sind 210.200 Menschen offiziell als arbeitslos registriert. Das bedeutet für Ost-Berlin eine Quote von 15,3%, für den Westteil der Stadt sind es 10,8%.

Auch in der Wohnungspolitik wird der „kleine Mann“ von der SPD vor den Kopf gestoßen. So stiegen in Ost-Berlin die Mieten um 400%, teilweise sogar um 700%. Ein erheblicher Anteil der Berliner Mieter ist auf Wohngeld angewiesen. Finanzsenator Pieroth (CDU) fällt dazu nur ein, daß der Bestand von 700.000 Sozialwohnungen „vergleichsweise hervorragend“ sei. Und SPD-Bausenator Nagel unterstützt dieses Geschwätz, indem er mit 500 Millionen DM Steuergeldern Wohnungen rekonstruieren läßt, um sie dann billig an private Miethäuser zu verschreiben, die daraufhin die Mieten nach ihrem Bedarf anwachsen lassen.

Stark von der Sparpolitik betroffen ist auch der kulturelle Bereich. Theater- bzw. Konzertkarten werden zum Lu-



Arbeiterproteste in Ostdeutschland

xus, Jugendklubs dichtgemacht. Auch wer Sport treiben will, braucht eine dicke Brieftasche. Der Jugend wird jegliche Möglichkeit, sich außer beim Biertrinken kreativ zu betätigen, entzogen. Was bleibt den Jugendlichen also noch neben Lehrstellenmangel, Jugendarbeitslosigkeit, den sozialen Problemen in der Familie und fehlenden bzw. zu teuren Freizeiteinrichtungen? Sie organisieren sich in Banden und wollen ihren (oftmals illegal oder in Gewalt endenden) Spaß haben, oder sie verfallen

dem Rauschgiftkonsum bzw. dem Alkohol. Daß bei der sozialen Lage der Stadt die Kriminalitätsraten steigen (Experten rechnen in diesem Jahr mit 600.000 Delikten), wundert nicht. Statt eine Alternative aufzuzeigen, fällt der SPD nichts Besseres ein, als über eine Aufstockung des Polizeiapparats (derzeit bei 27.000) nachzudenken und dem „Allgemeinen Gesetz zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“ zuzustimmen.

Fortsetzung auf Seite 4